



Die
Bundesregierung

Gesundheit
Wirtschaft
Frieden
Krieg
Stabilität
Bundeswehr
Entwicklung
Demokratie
Rechtsstaatlichkeit
Drogen
Bildung
Eigenverantwortung

Fragen zu Afghanistan

Terrorismus
Taliban
Sicherheit
EUPOL
Militär
Korruption
Polizei
Nato
Al Qaida
Armut
Vereinte Nationen
ISAF
Aufbau
Infrastruktur
Menschenrechte

Ein Fragen- und Antwortenkatalog

Inhaltsverzeichnis

Ein Fragen- und Antwortenkatalog	1
1. Grundsätzliche politische Fragen.....	3
1.1. Wieso engagiert sich Deutschland überhaupt in Afghanistan?	3
1.2. Kann durch unseren Einsatz in Afghanistan der internationale Terrorismus tatsächlich eingedämmt oder verhindert werden?	3
1.3. Kann Afghanistan zu einer Demokratie nach westlichem Muster werden?.....	4
1.4. Können wir mit einer schwachen Regierung überhaupt zusammenarbeiten?.....	4
1.5. Wie lange müssen wir noch in Afghanistan bleiben? Wann endet der Einsatz der Bundeswehr?	5
1.6. Warum ziehen wir nicht sofort ab?.....	6
1.7. Wie sieht es mit der Stabilität des Landes aus, wenn die westlichen Truppen irgendwann wieder abziehen?.....	7
1.8. Wovon hängt der Erfolg in Afghanistan ab?	7
1.9. Gibt es Fortschritte in Afghanistan?	8
1.10. Warum sagt die Bundesregierung nicht, dass wir in Afghanistan Krieg führen?.....	9
1.11. Sind die Taliban für Deutschland mögliche Verhandlungspartner? Kann man mit den Taliban überhaupt verhandeln?	9
1.12. Was hat die Kabuler Konferenz gebracht?	9
1.13. Kann die Zentralregierung überhaupt etwas ausrichten?	10
1.14. Kann das Engagement in Afghanistan eigentlich erfolgreich sein, wenn sich die Führer der Taliban unbehelligt in die afghanisch-pakistanische Grenzregion zurückziehen und von dort aus weiter agieren können?.....	11
1.15. Die Taliban finanzieren sich auch durch den Drogenanbau. Warum unternimmt Deutschland nicht mehr gegen den Drogenanbau?.....	11
2. Ziviler Wiederaufbau	12
2.1. Deutschland hilft Afghanistan beim Wiederaufbau. Kommt dieser voran?.....	12
2.2. Welche zivilen Projekte hat Deutschland in den vergangenen Jahren verwirklicht?.....	13
2.3. Was soll mit dem Geld geschehen, das die Bundesregierung zusätzlich für den zivilen Aufbau versprochen hat?.....	14
2.4. Ist die Unterstützung für Afghanistan gut koordiniert?	15
2.5. Hat unsere „Hilfe zur Selbsthilfe“ Aussicht auf Erfolg?	16
2.6. Soldaten und zivile Aufbauhelfer – das scheint ein Gegensatz zu sein. Warum sollte die Zusammenarbeit ausgerechnet in Afghanistan funktionieren?.....	16
2.7. Hat Deutschland genügend Experten, die sich in Afghanistan auskennen und auch wissen, wie die verschiedenen Bevölkerungsgruppen zueinander stehen?	17
2.8. Muss man mit „Warlords“ und Clanführern verhandeln, um Entwicklungsprojekte verwirklichen zu können?.....	17
2.9. Als Beleg für den Erfolg des Afghanistan-Einsatzes ist immer wieder vom Schulbesuch der afghanischen Mädchen die Rede. Ist es wirklich unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass afghanische Mädchen zur Schule gehen können?	18
2.10. Wie steht es um die Frauenrechte?	18

3.	Einsatz der Bundeswehr.....	19
3.1.	Inwiefern verbessert der Einsatz der Bundeswehr die Sicherheit der Menschen in Afghanistan?.....	19
3.2.	Was können wir noch erreichen, wenn unsere Verbündeten früher als erwartet abziehen?	19
3.3.	Wie viele deutsche Soldaten befinden sich in Afghanistan, wo sind sie stationiert und was sind ihre Aufgaben?	20
3.4.	Wie groß ist das Gebiet in Afghanistan, in dem die Bundeswehr Verantwortung trägt?	21
3.5.	Wie viele deutsche Soldaten sind in Afghanistan ums Leben gekommen? Wie viele wurden verletzt?	22
3.6.	Was passiert, wenn deutsche Soldaten Zivilisten töten?	22
3.7.	Kann man den Tod von Zivilisten nicht verhindern?	22
3.8.	Welche Aufgaben hat das Kommando Spezialkräfte (KSK) in Afghanistan? Wie viele KSK-Soldaten sind in Afghanistan eingesetzt?	23
3.9.	Wie ist die medizinische Versorgung der Soldaten? Was passiert, wenn sie verwundet werden?	23
3.10.	Immer wieder kehren Soldaten als Versehrte zurück. Wer kümmert sich um sie und die Familien?	24
3.11.	Zusammenarbeit militärischer und ziviler Kräfte – wie funktioniert das in Afghanistan?	25
3.12.	Warum bohrt die Bundeswehr Brunnen, baut Brücken und errichtet Schulen?	25
3.13.	Wie unterstützt die Bundeswehr den Aufbau der afghanischen Armee (ANA) und der afghanischen Polizei (ANP)?	26
3.14.	Der Bundestag hat 2010 zugestimmt, das deutsche Engagement auszuweiten. Warum war das notwendig?	26
4.	Polizeiaufbau	27
4.1.	Die Bundesregierung hat angekündigt, die Ausbildung afghanischer Polizisten zu verstärken. Auch bisher hat Deutschland die Polizeiausbildung unterstützt. War das erfolglos?	27
4.2.	Deutschland leistet bilateral beim Aufbau der afghanischen Polizei Hilfe, aber auch im Rahmen der EU. Passt das zusammen?	28
4.3.	Wie sehen die praktischen Maßnahmen unserer Unterstützung aus?	28
4.4.	Wie ist die Bundeswehr in die Polizeiausbildung eingebunden?	29
5.	Land und Leute in Afghanistan.....	29
5.1.	Woher kommt der Name Afghanistan?	29
5.2.	Welche Staatsform hat Afghanistan heute?	29
5.3.	Welche ethnische Herkunft haben die Einwohner Afghanistans?	30
5.4.	Wie ist die Infrastruktur des Landes?	30
5.5.	Wie sieht die Medienlandschaft in Afghanistan aus?	31
5.6.	Wie entwickelt sich Afghanistans Wirtschaft?	31
5.7.	Was ist in Afghanistan Nationalsport?	32

1. Grundsätzliche politische Fragen

1.1. Wieso engagiert sich Deutschland überhaupt in Afghanistan?

Deutschland engagiert sich als Teil der internationalen Gemeinschaft in Afghanistan, um zu verhindern, dass Afghanistan wieder zum Rückzugsraum internationaler Terroristen wird. Die verheerenden Anschläge vom 11. September 2001 in New York und Washington mit fast 3.000 Opfern plante Al Qaida unter dem Schutz der Taliban-Regierung in Afghanistan. Die internationale Staatengemeinschaft reagierte schnell: Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (VN) verurteilte die Anschläge umgehend. Dem Aufruf der Vereinten Nationen zur Beteiligung an einer Sicherheits- und Aufbaumission unter NATO-Führung folgten später über 40 Länder. Heute sind 47 Nationen in der ISAF (International Security Assistance Force, das heißt Internationale Sicherheitsunterstützungstruppe) beim Wiederaufbau Afghanistans engagiert. Gleichzeitig unterstützen diese Staaten die afghanische Regierung dabei, ihre Bevölkerung zu schützen und Wiederaufbau und Entwicklung zu ermöglichen. Deutschland hat sich von Anfang an als Mitgliedsstaat der VN und seit August 2003 im Rahmen des NATO-Bündnisses engagiert.

Es geht im Kern also um drei Dinge: um unsere eigene Sicherheit, die unserer Verbündeten und um die Zukunft Afghanistans. Die Bedrohungsszenarien sind nicht aus der Luft gegriffen: Die Anschläge in Madrid (2004) und London (2005), die gescheiterten Kofferbomben-Anschläge in den Regionalzügen nach Hamm und Koblenz (2006), die Verhaftung der Sauerland-Gruppe wegen Verabredung zum vielfachen Mord (2007), die terroristischen Angriffe im indischen Mumbai (2008) sowie die fehlgeschlagenen Anschlagversuche von Detroit (2009) und New York – Times Square (2010) sowie die Anschläge in der U-Bahn von Moskau (2010) zeigen, dass der internationale Terrorismus nach wie vor existiert und eine ernst zu nehmende Bedrohung für den Frieden und unsere Sicherheit darstellt. In Deutschland sind aktuell rund 350 Ermittlungsverfahren mit terroristischem Hintergrund anhängig, vielfach mit unmittelbarem Bezug zu Afghanistan.

Die internationale Gemeinschaft hat 2001 Verantwortung gegenüber allen Menschen in Afghanistan übernommen, die kein Zurück zu den Schrecken des Taliban-Regimes wollen. Sie will Afghanistan in die Lage versetzen, die entstehende Demokratie gegen Extremisten zu verteidigen. Ein Staat muss die Sicherheit seiner Einwohner gewährleisten und sich in Frieden entwickeln können. Zentral für den Erfolg ist, dass Afghanistan die Verantwortung für seine Sicherheit selbst übernimmt. Deswegen hilft die Bundesregierung auch besonders beim Aufbau der afghanischen Polizei und der Armee. Gleichzeitig unterstützen wir den zivilen Aufbau des Landes. Je besser Afghanistans wirtschaftliche und gesellschaftliche Perspektive ist, desto besser sind die Aussichten auf langfristige Stabilität.

1.2. Kann durch unseren Einsatz in Afghanistan der internationale Terrorismus tatsächlich eingedämmt oder verhindert werden?

Terroristische Anschläge lassen sich auch in Deutschland nie vollständig ausschließen. Dennoch muss alles unternommen werden, um die logistische Basis, die Rekrutierungs- und Ausbildungsmöglichkeiten des internationalen Terrorismus einzuschränken, zu denen vor allem die Terror-Camps im Grenzgebiet zwischen

Afghanistan und Pakistan gehören.

Dazu trägt Deutschlands Engagement in Afghanistan bei. Es gilt, die Gefahren dort zu bekämpfen, wo sie entstehen und nicht so lange zu warten, bis sie sich auf uns unmittelbar auswirken.

1.3. Kann Afghanistan zu einer Demokratie nach westlichem Muster werden?

Die Demokratie ist nach unserer Überzeugung die Regierungsform, die am besten gegen radikale Entwicklungen schützt. Die afghanischen Präsidentschaftswahlen 2004 und 2009 zeigten, dass die Bevölkerung ihr Beteiligungsrecht wahrnehmen will. Die große Mehrheit der Afghaninnen und Afghanen will die Politik ihres Landes mitbestimmen und ihre Menschenrechte geachtet sehen.

Eine Demokratie kann nur funktionieren, wenn gewisse Mindestanforderungen eingehalten werden. Wahlen müssen nach demokratischen Standards ablaufen. Gravierende Unregelmäßigkeiten bei den zurückliegenden Wahlen zeigten die noch bestehenden Defizite. Die Verwaltung muss leistungsfähig und unbestechlich sein. Nur dann wird sie von der Bevölkerung akzeptiert. Nicht nur in diesem Punkt hat Afghanistan noch einen weiten Weg vor sich.

Dennoch besteht Anlass zu Optimismus: So sind Menschenrechte und Gleichberechtigung von Frauen in der afghanischen Verfassung verankert; Frauen dürfen wählen, es gibt Ministerinnen und über ein Viertel weibliche Parlamentsabgeordnete. Auch bei der Präsidentschaftswahl 2009 waren mehrere Frauen angetreten. Die Anzahl der Kandidatinnen für die afghanischen Parlamentswahlen im September 2010 stieg auf über 400; bei den Parlamentswahlen 2005 hatten nur 328 Frauen kandidiert.

1.4. Können wir mit einer schwachen Regierung überhaupt zusammenarbeiten?

Trotz spürbarer Fortschritte bei der Stärkung des afghanischen Staates verfügt Afghanistan häufig noch über schwache Verwaltungsstrukturen mit mangelhaft ausgebildetem Personal. Gerade deshalb ist Korruption in afghanischen Institutionen weit verbreitet und auf allen Ebenen anzutreffen.

Weil die staatlichen Einrichtungen oft nicht transparent und leistungsfähig sind, nimmt die Bevölkerung sie mit Misstrauen wahr. Zudem existieren Schattenwirtschaften wie der Drogenanbau, die enorme Gewinne abwerfen und Gelder zur Verfügung stellen, um eine schlecht bezahlte Verwaltung zu korrumpieren.

Die afghanische Regierung hat auf der Konferenz in London im Januar 2010 Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung vorgestellt. So soll zum Beispiel ein unabhängiges Aufsichtsamt korrupte Amtsträger ausfindig machen und den Kampf gegen die Korruption koordinieren. Ferner soll das Gesetz über den Öffentlichen Dienst überarbeitet und das Auswahl- und Ernennungsverfahren für höhere Beamte verbessert werden. Zudem hat der Präsident eine Verordnung erlassen, die die Beschäftigung enger Verwandter von Ministern, Ministerberatern, Parlamentsabgeordneten, Gouverneuren und einigen stellvertretenden Ministern in

den Zoll- und Steuerverwaltungen auf allen staatlichen Ebenen verbietet. Eine unabhängige Kommission, in der auch ausländische Experten mitarbeiten, soll Fortschritte anhand von objektiven Standards überprüfen.

Durch Projekte unserer Entwicklungszusammenarbeit unterstützen wir zum Beispiel die afghanische Verwaltung dabei, Korruption durch wirksamere Kontrollen besser zu bekämpfen. 2009 haben wir gemeinsam mit der afghanischen Regierung einen Offenen Politikberatungsfonds eingerichtet. Dieser finanziert Experteneinsätze zu Fragen der Korruptionsbekämpfung.

Die deutsch-afghanische Entwicklungszusammenarbeit fördert Reformen, welche die Transparenz und Rechenschaftspflicht der Partnerinstitutionen erhöhen. Über unsere Beiträge zu besonderen Treuhandfonds (*Afghanistan Reconstruction Trust Fund* – ARTF; Law and Order Trust Fund Afghanistan - LOTFA) kann der afghanische Staat seine Bediensteten angemessen bezahlen. Dadurch soll ihre Anfälligkeit für Korruption verringert werden.

Die Mittel der deutschen Entwicklungszusammenarbeit werden nur transparent und streng kontrolliert eingesetzt.

1.5. Wie lange müssen wir noch in Afghanistan bleiben? Wann endet der Einsatz der Bundeswehr?

Dazu lässt sich kein genaues Datum angeben. Wir dürfen den militärischen Abzug nicht an einem bestimmten Datum festmachen, dies würde nur den regierungsfeindlichen Kräften in die Hand spielen. Die jungen afghanischen Sicherheitskräfte sollten nicht überfordert werden. Vieles hängt davon ab, wie schnell Afghanistan zu einem stabilen, selbständigen und vor allem sicheren Staat wird. Wenn diese Voraussetzungen vorliegen, gibt es keinen Grund mehr für die Anwesenheit der ISAF und damit auch der Bundeswehr. Wir wollen aber nicht dauerhaft in Afghanistan bleiben. Deshalb hat sich die Bundesregierung mit ihrem Strategiewechsel im ISAF-Mandat 2010 den Aufbau eigenständiger afghanischer Sicherheitsstrukturen, die von der internationalen Gemeinschaft die Wahrung der Sicherheit im Lande übernehmen können, zum Ziel gesetzt.

Der afghanische Staatspräsident kündigte am 19. November 2009 an, dass Afghanistan innerhalb von fünf Jahren die volle Verantwortung für seine Sicherheit übernehmen will. Dies bekräftigte er 2010 auf den Konferenzen in London und Kabul. Bundeskanzlerin Angela Merkel erklärte am 26. Januar 2010: „Wir unterstützen Präsident Karsai ausdrücklich in seiner Aussage, dass wir bis 2014 eine Situation haben wollen, in der Afghanistan seine Sicherheit selbst garantieren kann. Das ist eine Zielsetzung der afghanischen Regierung. Wir selber nennen keinen Abzugstermin, aber wir unterstützen die afghanische Regierung bei diesem Ziel.“

Auf der Londoner Konferenz im Januar 2010 haben die internationale Staatengemeinschaft und Afghanistan eine Reihe konkreter Ziele vereinbart. Neben dem Aufbau von Armee und Polizei sollen die wirtschaftliche Entwicklung des Landes schneller vorangebracht, Verwaltung und Justiz gestärkt, die Korruption konsequenter bekämpft und der Drogenanbau und Drogenhandel unterbunden werden. Auf der Kabuler Konferenz am 20. Juli 2010 sind diese Ziele nochmals bekräftigt worden. Zudem wurden die Schritte für die Übernahme der Verantwortung

durch afghanische Sicherheitskräfte abgestimmt. Daneben hat die internationale Gemeinschaft auf der Kabuler Konferenz dem von Staatspräsident Karsai vorgestellten Aussöhnungs- und Reintegrationsprogramm mit der militanten Opposition zugestimmt.

Die Bundesregierung wird Afghanistan gemeinsam mit ihren internationalen Partnern in den nächsten Jahren weiterhin intensiv unterstützen. Sie wird dazu die Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte erheblich ausbauen: so wird die Zahl der Polizeiausbilder auf 260, die der militärischen Ausbilder auf über 1.400 erhöht. Vor allem hat die Bundesregierung den Finanzrahmen für den zivilen Aufbau auf bis zu 430 Millionen Euro jährlich nahezu verdoppelt. Damit wollen wir dazu beitragen, dass Afghanistan das selbstgesetzte Ziel tatsächlich erreichen kann, die Sicherheitsverantwortung bis 2014 zu übernehmen.

Auf der Londoner Konferenz vom Januar 2010 wurde Ende 2010/Anfang 2011 als möglicher Beginn für die Übergabe der Sicherheitsverantwortung vereinbart. Dieses Datum ist nicht mit einem Truppenabzug gleichzusetzen. Es öffnet die Perspektive für eine schrittweise Reduzierung der militärischen Kräfte und ihren endgültigen Abzug. Wenn es ausreichende Fortschritte gibt, kann Verantwortung in einzelnen Provinzen frühzeitig an die afghanischen Kräfte übergeben werden.

Die zivilen und militärischen Elemente ihrer Gesamtstrategie für Afghanistan hat die Bundesregierung unter die Überschrift „Übergabe in Verantwortung“ gestellt.

1.6. Warum ziehen wir nicht sofort ab?

Die Umstände, die alle Bundesregierungen seit 2001 zum Einsatz in Afghanistan bewogen haben, sind keineswegs entfallen. Die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus besteht weiter. Afghanistan kann noch nicht in ausreichendem Maße für seine innere Sicherheit sorgen. Es geht auch um unsere eigene Sicherheit und die unserer Verbündeten.

Die Bundesregierung will zusammen mit der internationalen Gemeinschaft einen erfolgreichen Einsatz. Ein einseitiger Abzug der Bundeswehr wäre ein verantwortungsloser Alleingang Deutschlands. Er würde unserem Ansehen in der Welt, bei unseren Verbündeten, besonders aber in Afghanistan nachhaltig schaden. Es gilt der Grundsatz: „Gemeinsam rein – gemeinsam raus“! 2001 hat die internationale Gemeinschaft, also auch Deutschland, Verantwortung gegenüber dem afghanischen Volk übernommen, das kein Zurück in die Zeit der Taliban-Herrschaft will. Die Menschen in Afghanistan vertrauen auf uns und unsere Strategie der „Übergabe in Verantwortung“.

Der Deutsche Bundestag hat sich seit 2001 Jahr für Jahr für den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan ausgesprochen. Zuletzt hat er am 26. Februar 2010 die Entsendung von zusätzlichen 850 Soldaten nach Afghanistan beschlossen und das Mandat um ein weiteres Jahr verlängert. Der Bundestag entschied hierbei mit großer Mehrheit: 429 von 586 Abgeordneten stimmten dafür, 111 dagegen, 46 enthielten sich. Er hat damit für den Einsatz in Afghanistan ein klares Mandat erteilt.

1.7. Wie sieht es mit der Stabilität des Landes aus, wenn die westlichen Truppen irgendwann wieder abziehen?

Ein stabiles Afghanistan setzt mehr voraus als eine starke afghanische Armee und eine starke Polizei. Das Land wird auf Dauer nur stabil sein, wenn es gelingt, lokale Konflikte friedlich zu lösen. Es gilt zudem, einen transparenten und leistungsfähigen Staat aufzubauen, die wirtschaftliche Entwicklung voranzubringen und im sozialen Bereich entscheidende Verbesserungen zu erreichen, zum Beispiel bei Bildung und Gesundheit. Die afghanische Bevölkerung muss sich mit ihrem Staat identifizieren können.

In den Beschlüssen der Londoner Konferenz und der Kabuler Konferenz im Jahre 2010 haben die internationale Staatengemeinschaft und die afghanische Regierung die weiteren Anstrengungen zur Entwicklung des Landes und insbesondere zur Verbesserung der Regierungsführung festgelegt. Deutschland unterstützt diese Anstrengungen. Seine jährliche zivile Hilfe hat es nahezu verdoppelt.

Der Aufbau von Infrastruktur wie Straßen, Schulen und Krankenhäuser, Wasser- und Stromversorgung und vor allem die Stärkung von afghanischen Institutionen sind langwierig. Auch nach der Übernahme der Verantwortung für die Sicherheit im Land durch die afghanische Regierung wird Deutschland die zivile Unterstützung Afghanistans fortführen.

1.8. Wovon hängt der Erfolg in Afghanistan ab?

Zentral für den Erfolg ist, dass Afghanistan die Verantwortung für seine Sicherheit übernehmen kann und schließlich übernimmt. Daher konzentrieren wir uns jetzt sehr stark auf die Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte, also Armee und Polizei.

Weitere zentrale Elemente sind die Verbesserung der Regierungsführung und eine nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Je besser Regierungs- und Verwaltungsarbeit in Afghanistan funktionieren, je schneller Korruption abnimmt und je nachhaltiger sich die Lebensumstände der Bevölkerung verbessern, umso zügiger werden wir ein stabiles Afghanistan erreichen.

Diese militärischen und zivilen Elemente sind zwei Seiten einer Medaille: Aufbau ist nur in einem sicheren Umfeld möglich und ohne Aufbau wird es keine langfristige Sicherheit geben. Hinreichende Sicherheit ist notwendige Voraussetzung für die Entwicklungszusammenarbeit. Die Ausbildung der Sicherheitskräfte, der Schutz der Bevölkerung und die zivile Hilfe müssen Hand in Hand gehen.

Die militärischen und zivilen Elemente sind derzeit noch unerlässlich. Letztlich muss aber eine politische Lösung gefunden werden, die von allen Gruppen in Afghanistan mitgetragen werden kann. Diesem Zweck dienen die Bemühungen der afghanischen Regierung um eine innerafghanische Aussöhnung. In der Kabuler Konferenz im Juli 2010 hat die internationale Gemeinschaft dem von Staatspräsident Karsai vorgestellten Reintegrations- und Aussöhnungsprogramm mit der militanten Opposition zugestimmt und einen umfangreichen Hilfsfonds bereitgestellt, an dem sich auch Deutschland mit 50 Millionen Euro über einen Zeitraum von fünf Jahren beteiligt.

Alle Anstrengungen sind nur dann erfolgreich, wenn sie bei den Menschen ankommen. Vor allem die ländliche Bevölkerung und die Jugend müssen eine Zukunftsperspektive erhalten und Vertrauen in ihre eigene Regierung entwickeln. Dann werden sie die Regierung stützen und sich gegen die Einschüchterungsversuche der Taliban wehren.

1.9. Gibt es Fortschritte in Afghanistan?

Im Auftrag von ARD, ABC und BBC führte das „Afghan Center for Socio-Economic and Opinion Research“ Ende 2009 in Afghanistan eine repräsentative Umfrage durch. Danach meinen 70 Prozent der Befragten, ihr Land entwickle sich in die richtige Richtung. 2008 lag dieser Wert erst bei 40 Prozent. Die positive Einschätzung der Lebensbedingungen hat ebenfalls von 62 Prozent auf 71 Prozent der Befragten zugenommen. Die Zufriedenheit scheint mit wesentlich besseren Zukunftsaussichten zu steigen, vor allem mit Blick auf Berufsmöglichkeiten und die Entwicklung des Landes.

Zwar ist Afghanistan – wie schon vor Beginn des Bürgerkriegs 1978 – immer noch eines der ärmsten Länder weltweit. Mehr als ein Drittel der Bevölkerung lebt weiterhin in extremer Armut. Gleichzeitig gab es seit 2001 zahlreiche objektive Fortschritte im sozialen und wirtschaftlichen Bereich. So hat sich die Kindersterblichkeit bei den bis zu Fünfjährigen von mehr als 250 pro 1.000 Geburten im Jahr 2001 auf 161 pro 1.000 Geburten im Jahr 2007/08 reduziert. Das durchschnittliche jährliche Pro-Kopf-Einkommen zwischen 2002 und 2009 ist von rund 175 US-Dollar auf rund 460 US-Dollar angewachsen.

Seit 2008 gab es mit deutscher Hilfe sichtbare Fortschritte allein in den fünf Schwerpunktprovinzen in Nord-Afghanistan (Badakhshan, Takhar, Kundus, Balkh und Baghlan):

- Einkommen für circa 1,3 Millionen Menschen wurde geschaffen und damit für rund 30 Prozent der dortigen Bevölkerung.
- Neue Arbeitsplätze wurden geschaffen und bestehende gesichert, unter anderem mit der Vergabe von rund 60.000 Mikrokrediten für mehr als 5.000 Unternehmen.
- 900.000 Menschen wurden mit sauberem Trinkwasser und mit Energie, vor allem aus erneuerbaren Energiequellen, versorgt. Das entspricht rund 22 Prozent der dortigen Bevölkerung.
- 200.000 Schülerinnen und Schüler profitieren von besseren Schulen und Lehrern, das sind rund 25 Prozent aller Schülerinnen und Schüler in den genannten Provinzen.
- Durch Gesundheitsprojekte konnten seit 2006 über 750.000 Patienten behandelt werden, darunter besonders viele Mütter und Säuglinge in sogenannten „Baby Care Centers“.
- Es wurden über 600 Kilometer Straßen und zahlreiche Brücken gebaut oder erneuert.

1.10. Warum sagt die Bundesregierung nicht, dass wir in Afghanistan Krieg führen?

In Afghanistan kämpfen bewaffnete Aufständische gegen die legitime Regierung, die in diesem Kampf von ISAF und damit auch von Deutschland unterstützt wird. Dies ist ein „nicht-internationaler bewaffneter Konflikt“, und so bezeichnet ihn auch die Bundesregierung. Der Begriff „Krieg“ ist heute im Völkerrecht nicht mehr gebräuchlich. Früher bezeichnete er bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen Staaten. Darum geht es in Afghanistan nicht. Dass dennoch umgangssprachlich von Krieg gesprochen wird, hat keinen Einfluss auf die rechtliche Beurteilung als nicht internationaler bewaffneter Konflikt und widerspricht ihr auch nicht.

1.11. Sind die Taliban für Deutschland mögliche Verhandlungspartner? Kann man mit den Taliban überhaupt verhandeln?

Eine Befriedung Afghanistans wird gelingen, wenn die regierungsfeindlichen Kräfte überzeugt werden, ihre Zukunft nicht im Terrorismus, sondern in der Mitwirkung am Aufbau des afghanischen Staates zu sehen. Derzeit wollen die Taliban die gewählte afghanische Regierung stürzen. Die Kämpfe sind also Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und den Taliban um die Macht. Nur die afghanische Regierung kann Verhandlungspartner der Taliban sein.

Auf der Kabuler Konferenz im Juli 2010 hat die afghanische Regierung ein Programm zur Wiedereingliederung ausstiegswilliger Kämpfer der militanten Opposition vorgelegt. Danach sollen diejenigen einen Platz in der Gesellschaft bekommen, die bereit sind, auf Gewalt zu verzichten, an der Gestaltung einer freien und offenen Gesellschaft mitzuwirken und die Grundsätze der afghanischen Verfassung zu achten. Das Programm sieht als erste Schritte die Überprüfung und Registrierung der Ausstiegswilligen, eine sichere Zwischenunterbringung sowie humanitäre Maßnahmen vor. In einem weiteren Schritt bietet ihnen das Programm verschiedene Optionen für eine Wiedereingliederung. Hierzu gehören Wiederaufnahme in Dörfern/Distrikten, die im Gegenzug Entwicklungsmaßnahmen erhalten, berufsbildende Maßnahmen und Alphabetisierungskurse oder Beschäftigung im öffentlichen Sektor.

Das Programm wird über einen internationalen Fonds finanziert, der ebenfalls auf der Kabuler Konferenz beschlossen wurde. Die Bundesregierung beabsichtigt, sich an diesem Fonds über einen Zeitraum von fünf Jahren mit 50 Millionen Euro zu beteiligen.

1.12. Was hat die Kabuler Konferenz gebracht?

Die Kabuler Afghanistan-Konferenz im Juli 2010 war ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zur Übergabe in Verantwortung. Zum ersten Mal fand eine Konferenz über Afghanistan in Afghanistan statt, was ein positives Zeichen für die Entwicklung der Sicherheitslage geben sollte.

Die Kabuler Konferenz knüpfte an die Konferenz von London im Januar 2010 an. Die afghanische Regierung legte zur Umsetzung der in London vereinbarten politischen Ziele konkrete Programme mit entsprechenden Fristen vor.

Mit Hilfe dieser Programme will die afghanische Regierung die Leistungsfähigkeit und Transparenz der Verwaltung verbessern und Korruption stärker bekämpfen. Außerdem soll die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den Kernbereichen Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Ausbau der Infrastruktur sowie Bildung/Ausbildung befördert werden.

Staatspräsident Karsai bekräftigte in seiner Eröffnungsrede das Ziel, dass die afghanischen Sicherheitskräfte bis 2014 im ganzen Land die Verantwortung übernehmen werden.

Die Übergabe der Sicherheitsverantwortung soll schrittweise und nach einem konkreten Plan erfolgen. Afghanistan und die NATO entscheiden gemeinsam, wann und unter welchen Voraussetzungen die afghanischen Sicherheitskräfte die Verantwortung in einzelnen Provinzen übernehmen können.

Außerdem standen die afghanischen Bemühungen um Frieden, Versöhnung und Wiedereingliederung Aufständischer im Fokus der Konferenz. Die internationale Gemeinschaft wird diese Bemühungen mit einem Fonds zur Wiedereingliederung unterstützen.

Weitere Ergebnisse der Kabuler Konferenz sind konkrete Pläne der afghanischen Regierung, das Rechtswesen zu reformieren, lokale Regierungsstrukturen zu stärken und Menschenrechte zu fördern. Außerdem wurde eine verstärkte regionale Zusammenarbeit in den Kernbereichen Sicherheit, Flüchtlinge, Infrastruktur, Handel sowie zur Bekämpfung der Drogenkriminalität vereinbart.

Die Umsetzung der bei der Kabuler Konferenz vorgelegten Programme liegt in afghanischer Verantwortung, wird jedoch eng durch die internationale Gemeinschaft begleitet. Der Fortschritt wird in regelmäßigen Abschnitten gemeinsam bewertet und überprüft.

1.13. Kann die Zentralregierung überhaupt etwas ausrichten?

Afghanistan ist ein Zentralstaat mit 34 Provinzen, die in insgesamt knapp 400 Distrikte gegliedert sind. Die Zentralregierung ernennt Provinz- und Distriktgouverneure. In den einzelnen Provinzen ist die Sicherheitslage sehr unterschiedlich. Die Zentralregierung kann deshalb in einzelnen Landesteilen ihre Programme nicht umsetzen. Mangelnde Ausbildung und die Korruption in der öffentlichen Verwaltung sind zusätzliche Hindernisse.

Abgesehen von der Sicherheitslage müssen deshalb die Verwaltung überall im Land gestärkt und die Regierungsführung verbessert werden. Auf der Konferenz in London im Januar 2010 hat die Regierung Afghanistans einen Plan zur Verbesserung der Regierungsführung auf lokaler Ebene vorgestellt. Die Verwaltungen auf Provinz-, Distrikt- und Gemeindeebene sollen gestärkt und Verwaltungsangehörige nach Kompetenz und Integrität ernannt werden. Die internationale Gemeinschaft unterstützt in diesem Zusammenhang das Ziel Afghanistans, 12.000 Verwaltungsangehörige des Öffentlichen Dienstes bis Ende 2011 auszubilden. Sie sollen vor allem die Provinz- und Distriktverwaltungen vor Ort unterstützen. Die

deutsch-afghanische Entwicklungszusammenarbeit stärkt die Provinz- und Distriktverwaltungen außerdem durch Fortbildungen und Beratungen. Ferner leistet die Bundesregierung Beiträge für eine angemessene Bezahlung der Staatsbediensteten, um die Anreize für Korruption zu verringern und qualifiziertes Personal für den Staatsdienst zu gewinnen.

Gemeinsam mit unseren afghanischen Partnern wollen wir leistungsfähige und bürgerorientierte staatliche Strukturen auf lokaler Ebene aufbauen. Nur dann können wir langfristige Stabilität und Entwicklung in Afghanistan erreichen. Die Stärkung der Provinz- und Distriktverwaltungen stützt die Gesamtstruktur des Staates und stärkt damit auch die Zentralregierung.

1.14. Kann das Engagement in Afghanistan eigentlich erfolgreich sein, wenn sich die Führer der Taliban unbehelligt in die afghanisch-pakistanische Grenzregion zurückziehen und von dort aus weiter agieren können?

Die heutigen Grenzen Afghanistans wurden im 19. Jahrhundert gezogen und trennten die Siedlungsgebiete von Volksgruppen. Das erleichtert heute die Bewegung von Aufständischen und Terroristen über die Grenze nach Pakistan. Zur Stabilisierung der Situation in Afghanistan muss daher die regionale Zusammenarbeit entscheidend beitragen. An der Londoner und Kabuler Konferenz 2010 haben auch die Nachbarn Afghanistans teilgenommen. Alle sprachen sich dafür aus, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und den Handel zwischen Afghanistan, Pakistan und seinen Nachbarn zu fördern. Gemeinsam will man Aktivitäten bewaffneter Aufständischer und krimineller Gruppierungen unterbinden. Die Konferenzteilnehmer orientieren sich dabei vor allem an folgenden Grundsätzen:

- Souveränität, Unabhängigkeit, Einheit und territoriale Unversehrtheit Afghanistans müssen geachtet werden.
- Kein Staat darf in die inneren Angelegenheiten Afghanistans eingreifen.
- Die Unterstützung illegaler bewaffneter Gruppen und paralleler Strukturen mit dem Ziel, Afghanistan oder einzelne seiner Nachbarn zu destabilisieren, muss beendet werden – gleich, auf welchem Staatsgebiet sie stattfindet.
- Der Terrorismus muss bekämpft werden. Insbesondere sollen mehr Geheimdienstinformationen ausgetauscht und logistische, finanzielle und ideologische Unterstützung für terroristische Netzwerke zerschlagen werden.
- Die Zusammenarbeit im Kampf gegen den Drogenhandel muss verstärkt werden.

1.15. Die Taliban finanzieren sich auch durch den Drogenanbau. Warum unternimmt Deutschland nicht mehr gegen den Drogenanbau?

Zwischen Drogenhandel, den Anschlägen der Taliban und anderen kriminellen Aktivitäten wie Korruption und Menschenhandel besteht ein unmittelbarer Zusammenhang.

Das Afghanistan-Mandat der Bundeswehr umfasst nicht die direkte Bekämpfung des Drogenanbaus oder die Vernichtung von Drogen. Dies ist Aufgabe der afghanischen Behörden und Sicherheitskräfte.

Afghanistan bleibt weltweit der größte Opiumproduzent, auch wenn die Opiumproduktion 2008 und 2009 messbar zurückgegangen ist. Der Drogenanbau konzentriert sich auf die Provinzen, in denen die Sicherheitslage wegen einer starken Präsenz der Taliban problematisch ist, insbesondere im Süden und Südosten des Landes. Im Norden und Nordosten verzichten die Bauern weitestgehend auf den Schlafmohnanbau. Denn nach Einschätzung des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung wird der Mohn zu vier Fünfteln in Gebieten mit sehr schlechter Sicherheitslage angebaut. Wenn wir die Sicherheit verbessern und es uns gelingt, den Bauern in diesen Regionen wirtschaftliche Alternativen anzubieten, besteht auch dort die Möglichkeit, den Drogenanbau zurückzudrängen.

Neben den Anstrengungen im Sicherheitsbereich richten die afghanische Regierung und die internationale Gemeinschaft einschließlich Deutschlands daher ihre Anstrengungen verstärkt auf die Landwirtschaft und die ländliche Entwicklung.

2. Ziviler Wiederaufbau

2.1. Deutschland hilft Afghanistan beim Wiederaufbau. Kommt dieser voran?

Ziele der deutschen Aufbauhilfe in Afghanistan sind eine stabile wirtschaftliche und soziale Entwicklung und ein funktionierendes Gemeinwesen. Dazu zählen unter anderem funktionsfähige Verkehrswege, eine zuverlässige Wasser- und Stromversorgung und ein leistungsfähiges Bildungswesen. Der afghanische Staat, die Privatwirtschaft und die Zivilgesellschaft müssen für eine nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung gestärkt werden.

Die Entwicklungen im wirtschaftlichen und sozialen Bereich sind in vieler Hinsicht ermutigend: Mittlerweile haben über 80 Prozent der Bevölkerung Zugang zu einer Basisgesundheitsversorgung im Rahmen des sogenannten „Basic Package of Health Services“ (BPHS) des afghanischen Gesundheitsministeriums. Die Wirkungen sind bereits spürbar: Die Kindersterblichkeit der bis zu Fünfjährigen in Afghanistan von über 250 auf rund 160 pro 1.000 Geburten gefallen. Dies ist ein enormer Fortschritt in relativ kurzer Zeit, auch wenn die Kindersterblichkeit noch immer viel zu hoch ist (in Deutschland sind es zwei bis drei Kinder pro 1.000 Geburten). Dadurch überleben jedes Jahr zusätzlich mehr als 100.000 Kinder. Über sieben Millionen Kinder gehen mittlerweile zur Schule, davon ein Drittel Mädchen. Im Jahr 2001 waren es nur eine Million Schüler und fast nur Jungen.

Ebenfalls beeindruckend ist das Wirtschaftswachstum in Afghanistan, seit 2001 lag der jährliche Durchschnitt im zweistelligen Bereich. Im Jahr 2009 wuchs die afghanische Wirtschaft um 22 Prozent, es wurde die größte Weizenernte Afghanistans überhaupt eingefahren. Das durchschnittliche jährliche Pro-Kopf-Einkommen ist zwischen 2002 und 2009 von rund 175 US-Dollar auf rund 460 US-Dollar angewachsen.

Das öffentliche Finanzmanagement in Afghanistan wurde gestärkt. Hier haben die bisherigen Berichte („Public Expenditure and Financial Accountability Assessments“ - PEFA) der Weltbank erhebliche Fortschritte sichtbar gemacht; Afghanistan rangiert in vielen Aspekten weit oberhalb des Niveaus seiner Ländergruppe.

Die Bundesregierung will den zivilen Wiederaufbau im deutschen Verantwortungsbereich im Norden Afghanistans in den nächsten Jahren noch massiver unterstützen. Die vorhandenen Mittel sollen flexibler eingesetzt, die einzelnen Maßnahmen noch intensiver von den afghanischen Partnern mitgestaltet werden. Auf nationaler Ebene bemüht sich die afghanische Regierung, ihre Entwicklungsanstrengungen besser zu koordinieren. Die notwendigen organisatorischen Schritte hierfür sind erfolgt: Ein gemeinsamer Koordinierungsrat der wichtigsten afghanischen Ministerien setzt jetzt Prioritäten auf der Grundlage der nationalen afghanischen Entwicklungsstrategie und bündelt die Hilfe. Das stärkt zugleich die afghanische Eigenverantwortung.

2.2. Welche zivilen Projekte hat Deutschland in den vergangenen Jahren verwirklicht?

Seit Beginn des deutschen Engagements in Afghanistan im Jahr 2002 standen der Wiederaufbau des Bildungswesens und der zerstörten Infrastruktur, die rasche Verbesserung der Lebensverhältnisse für die Bevölkerung und die Förderung einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung sowie einer funktionierenden Gesundheitsversorgung im Vordergrund. Einige Beispiele:

- Deutschland hat in den vergangenen Jahren besonderen Wert auf die schulische Bildung von Jungen und Mädchen gelegt. Über das nationale Bildungsprogramm wurde der Bau von über 2.000 Schulen unterstützt. Damit wurde die Voraussetzung geschaffen, dass Schülerinnen und Schüler gut unterrichtet werden können. So gingen im Jahr 2009 immerhin schon rund sieben Millionen Kinder – davon über ein Drittel Mädchen – zur Schule. In der beruflichen Bildung engagiert sich Deutschland bei der Instandsetzung und Erweiterung der technischen Schulen Kabul, Kandahar und Khost sowie beim Neubau von Berufsschulen in Tarin Kowt, Faisabad, Kundus und Masar-i-Sharif. Der Wiederaufbau von weiteren technischen Schulen im Norden Afghanistans hat begonnen (zum Beispiel auch der Schule zur Ausbildung von Öl- und Gasteknikern in Masar-i-Sharif). Junge Afghaninnen und Afghanen erlernen dort – am konkreten Bedarf der Privatwirtschaft orientiert – wichtige technische Fähigkeiten. Sie werden eine leistungsfähige Berufsgruppe bilden, die für die Zukunft Afghanistans eine entscheidende Rolle spielen wird. Allein 50.000 Studentinnen und Studenten sind an den 19 Universitäten des Landes eingeschrieben und werden ebenfalls eine wichtige Rolle beim Aufbau ihres Landes übernehmen. Die Bundesregierung unterstützt die universitäre Bildung unter anderem über den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD). 2.000 Studentinnen und Studenten erhielten bislang Stipendien und werden von entsandten Dozenten unterstützt.
- Die Trinkwasserversorgung in den Städten Herat und Kundus wurde im Rahmen der deutsch-afghanischen Entwicklungszusammenarbeit aufgebaut. Das Stromnetz von Kabul wurde ausgebessert. Mittlerweile können über eine Million Menschen auf dieses Netz zurückgreifen. Zwei große Wasserkraftwerke bei

Kabul wurden wieder instandgesetzt. Gemeinsam mit anderen Gebern wurde eine Übertragungsleitung von Usbekistan nach Kabul finanziert, die Kabul und Städte entlang der Trasse (wie Masar-i-Sharif) 24 Stunden am Tag mit Strom versorgt.

- Im Rahmen der afghanisch-deutschen Entwicklungszusammenarbeit wurden die Investitionsförderagentur AISA (Afghanistan Investment Support Agency), die Mikrofinanzbank FMFB (First Micro Finance Bank) mit landesweit 32 Filialen sowie die Exportförderagentur EPAA (Export Promotion Agency of Afghanistan) gegründet. 100.000 Mikrokredite konnten bislang landesweit ausgegeben werden. Diese dienten als wichtiges Startkapital für Unternehmen, die über 400.000 Menschen Beschäftigung und Einkommen sichern.
- Heute haben mehr als 80 Prozent der Bevölkerung Zugang zu einer medizinischen Basisversorgung. Im deutschen Verantwortungsbereich im Norden werden bis Ende 2012 aus Mitteln der Bundesregierung über 2,6 Millionen Menschen medizinisch versorgt. Zudem errichtete die Bundesregierung Krankenhäuser und Gesundheitsstationen in den vier Nordostprovinzen.

Betrachtet man die Ausgangssituation 2002, darf man von beachtlichen Erfolgen des zivilen Aufbaus sprechen. Zwar ist der Fortschritt hinter den ursprünglichen – teils überzogenen – Erwartungen der Menschen in Afghanistan und der Weltgemeinschaft zurückgeblieben, doch hat der 2002 begonnene zivile Aufbau dem Land eine Perspektive für die Zukunft gegeben.

2.3. Was soll mit dem Geld geschehen, das die Bundesregierung zusätzlich für den zivilen Aufbau versprochen hat?

Der zivile Aufbau hat für Afghanistan schon erhebliche Fortschritte gebracht. Das bisher Erreichte soll jetzt gesichert und weiter ausgebaut werden. Zu den Zielen des deutschen Engagements bis 2013 gehören:

- Mehr Einkommen und Beschäftigung durch die Ausweitung von Programmen zur ländlichen Entwicklung, zum arbeitsintensiven Ausbau der Basisinfrastruktur und zur Förderung von Unternehmen.
- Vergabe von Mikrokrediten, Steigerung landwirtschaftlicher Produktivität und Wiederbelebung von Wirtschaftskreisläufen. Damit können bis zu drei Millionen Menschen (circa drei Viertel der Bevölkerung in den fünf Schwerpunktprovinzen Badakhshan, Takhar, Kundus, Balkh und Baghlan) im ländlichen Raum erreicht werden.
- Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur als Basis für wirtschaftliches Wachstum und bessere Sicherheit. Provinz- und Distriktzentren sowie entlegene Gebiete werden mit bis zu 700 km ganzjährig nutzbaren Straßenverbindungen verknüpft. Rund 2,5 Millionen Menschen (fast zwei Drittel der Bevölkerung in den fünf Schwerpunktprovinzen) würden davon profitieren.
- Bessere Energie- und Trinkwasserversorgung in allen Provinzstädten und etwa der Hälfte der Distrikthauptstädte sowie im ländlichen Raum für insgesamt rund zwei Millionen Menschen (rund 50 Prozent der Gesamtbevölkerung in den fünf Schwerpunktprovinzen).

- Weitere Verbesserung der Gesundheitsversorgung für circa drei Millionen Menschen in den fünf Schwerpunktprovinzen Badakhshan, Takhar, Kundus, Balkh und Baghlan.
- Verbesserung des zivilen Luftfahrtsektors: Aufbau eines verlässlichen Flugsicherungssystems, um wichtige Staatseinnahmen durch Überflugrechte zu erschließen und zu erhalten; Unterstützung bei der Wiederherstellung von zwei zivilen Flughäfen in Masar-i-Sharif und Tarin Kowt, um die wirtschaftliche Entwicklung in der Region zu fördern.
- Unterstützung von Provinz- und Distriktverwaltungen zur Verbesserung ihrer Leistungen (materielle Ausstattung, Beratungsleistungen, Schulungen, Reorganisation von Verwaltungsabläufen, bessere Zusammenarbeit der Behörden). In den fünf Schwerpunktprovinzen werden alle Provinzverwaltungen und etwa zwei Drittel der Distriktverwaltungen erreicht.
- Unterstützung der Bemühungen der afghanischen Regierung bei der politischen Lösung des Aufstandes durch einen Fonds zur Wiedereingliederung Aufständischer. Diese müssen allerdings auf Gewalt verzichten, die Grundsätze der afghanischen Verfassung achten und ihre Verbindungen zu Al Qaida und anderen terroristischen Gruppen abbrechen.
- Verbesserung des Justizsektors durch gezieltes Training und Ausbildung.
- Verstärkung der Anstrengungen beim Polizeiaufbau, insbesondere durch Ausbau der Trainingskapazitäten, Entsendung zusätzlicher Polizeitrainer und Ausbildung afghanischer Polizeiausbilder.

Allein um diese ehrgeizigen Ziele zu erreichen, wird Deutschland bis 2013 jährlich bis zu 430 Millionen Euro in Afghanistan investieren.

2.4. Ist die Unterstützung für Afghanistan gut koordiniert?

Es gibt eine Reihe unterschiedlicher Koordinierungsgremien, in denen die zivile Unterstützung zwischen den Gebern und natürlich auch mit der afghanischen Regierung abgestimmt wird. Grundlage für die Abstimmung sind die Afghanische Nationale Entwicklungsstrategie ANDS (Afghanistan National Development Strategy), sektorale Entwicklungspläne sowie Provinz- und Distriktentwicklungspläne. Die Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan (United Nations Assistance Mission in Afghanistan – UNAMA) hilft der afghanischen Regierung bei ihren Koordinierungsaufgaben. Die deutsch-afghanische Entwicklungszusammenarbeit wird jedes Jahr mit den afghanischen Partnern im Rahmen von Regierungsverhandlungen besprochen, im Detail abgestimmt und verbindlich vereinbart.

Deutschland ist gemeinsam mit anderen Geberländern und Organisationen in einem internationalen Koordinierungsgremium (Joint Coordination and Monitoring Board) und seinen Untergliederungen (Standing Committees u.a.) in Kabul vertreten. Dieses Koordinierungsgremium stimmt die Unterstützungsleistungen eng mit der afghanischen Regierung ab. Für den Polizeiaufbau gibt es ein spezielles Gremium (International Police Coordination Board).

In den Provinzen bilden die verschiedenen, an Stabilisierung und Wiederaufbau beteiligten Akteure regionale Wiederaufbau-Teams (Provincial Reconstruction Team

- PRT), um die gemeinsamen Anstrengungen zu koordinieren. Das von Deutschland mitentwickelte PRT-Konzept soll ein abgestimmtes Vorgehen von zivilen und militärischen Akteuren sicherstellen. Damit wird der Ansatz der sogenannten „vernetzten Sicherheit“ vor Ort umgesetzt.

Auch in Berlin stimmen die beteiligten Bundesministerien das gemeinsame Vorgehen in Afghanistan eng ab. Beispielsweise halten die Afghanistan-Referate im Auswärtigen Amt, Bundesministerium des Innern, Bundesministerium der Verteidigung und Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wöchentliche Videokonferenzen ab. Monatlich kommen zudem Vertreter der Leitungsebene der vier Ministerien mit dem Bundeskanzleramt zusammen, um gemeinsam strategische Entscheidungen zu treffen und die politischen Leitlinien des deutschen Engagements abzustimmen.

2.5. Hat unsere „Hilfe zur Selbsthilfe“ Aussicht auf Erfolg?

Das afghanische Volk hat nach Jahrzehnten Krieg und Bürgerkrieg die Chance, in einem geordneten Staatswesen zu leben, mit einer selbstgewählten Regierung, die die innere Sicherheit für alle Afghaninnen und Afghanen gewährleistet und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes vorantreiben will. Dies bedeutet auch, dass diese Regierung nicht bereit ist, extremistische Islamisten zu dulden und ihnen Handlungsspielräume zu gewähren, die den Frieden in der Welt gefährden.

Auch wenn das Leben in Afghanistan noch stark durch Bürgerkriegsstrukturen und Traditionen geprägt ist, gibt es Teilhabe und Teilnahme an politischen Entscheidungen. So zeigen die Beteiligung an der jüngsten Präsidentenwahl im Herbst 2009 oder die demokratischen Ansätze im Rahmen der Dorfentwicklungsräte, dass die Menschen die Chancen demokratischer Mitbestimmung trotz aller Drohungen der Taliban wahrnehmen. Demokratische und politische Teilhabe ist kein fremdes System, das Afghanistan aufgedrängt wird. So werden etwa Beschlüsse der traditionellen Stammesversammlung Loya Jirga im Konsens getroffen.

Fortschritte in den unterschiedlichen sozialen und wirtschaftlichen Bereichen machen deutlich, dass die Afghaninnen und Afghanen die Entwicklung ihres Landes in die eigenen Hände nehmen wollen. Man kann angesichts der Drohungen und Attentate der Taliban den Mut der afghanischen Mädchen, eine Schule zu besuchen, nur bewundern - ebenso den Mut der Eltern, die Mädchen dorthin zu schicken. Wer baut die Straßen oder nimmt die Mikrokredite auf, um ein Geschäft zu eröffnen? Es sind die Menschen vor Ort, die die gebotenen Chancen wahrnehmen, um ihr Leben zu verbessern. Deshalb besteht für die weitere Entwicklung in Afghanistan Anlass zu Optimismus.

2.6. Soldaten und zivile Aufbauhelfer – das scheint ein Gegensatz zu sein. Warum sollte die Zusammenarbeit ausgerechnet in Afghanistan funktionieren?

Der Gegensatz zwischen den Soldaten der internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe (International Security Assistance Force - ISAF) als Mitverantwortliche für die innere Sicherheit und den zivilen Aufbauhelfern und Entwicklungsexperten ist konstruiert. Die Situation, die die internationale

Gemeinschaft nach dem Sturz der Taliban 2001 vorfand, verlangte und verlangt noch immer eine militärische Komponente. Diese soll den Wiederaufbau staatlicher und wirtschaftlicher Strukturen überhaupt erst ermöglichen. Niemand kann und wird in einem Land investieren und sich engagieren, wenn nicht ein Mindestmaß an innerer Sicherheit besteht.

Gerade wenn es um die Aufbauhilfe vor Ort geht, greift das Konzept der „vernetzten Sicherheit“. Unser PRT-Konzept (Provincial Reconstruction Team) kombiniert deshalb militärische und zivile Komponenten. Wegen dieser Verschränkung sind viele bisherige Erfolge erst möglich geworden. Schulen lassen sich beispielsweise nur in einem sicheren Umfeld bauen und betreiben. Die Lage in Teilen Afghanistans lässt derzeit Wiederaufbau und Entwicklung nicht zu, ohne dass militärische Kräfte ein entsprechend sicheres Umfeld gewährleisten.

Langfristig werden wir beim zivilen Wiederaufbau nur erfolgreich sein, wenn die afghanische Regierung eigene funktionierende Sicherheitsstrukturen einrichtet und die gewaltsamen Konflikte im Land beilegt.

2.7. Hat Deutschland genügend Experten, die sich in Afghanistan auskennen und auch wissen, wie die verschiedenen Bevölkerungsgruppen zueinander stehen?

Derzeit sind rund 240 entsandte und 1.100 afghanische Expertinnen und Experten in den staatlichen Hilfsorganisationen tätig. Hinzu kommen rund 40 entsandte Expertinnen und Experten in den nichtstaatlichen Hilfsorganisationen. Die deutschen Experten, die etwa für die staatliche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), den Deutschen Entwicklungsdienst (DED), die KfW-Entwicklungsbank (Kreditanstalt für Wiederaufbau) oder die Nichtregierungsorganisationen vor Ort tätig sind, sind infolge ihrer Einsätze in vielen Regionen der Welt sehr erfahren. Sie werden zudem auf ihren Einsatz in Afghanistan intensiv vorbereitet und profitieren während ihrer Tätigkeit vor Ort von den bereits gefestigten Strukturen, in die sie eingebunden sind. Durch die Erfahrungen, die sie im Laufe ihrer Einsätze erworben haben, finden sie sich auch in die kulturellen Besonderheiten vor Ort schnell ein. So kommt es, dass deutsche Durchführungsorganisationen teilweise auch von anderen Gebern beauftragt werden, deren Entwicklungsprojekte zu verwirklichen.

2.8. Muss man mit „Warlords“ und Clanführern verhandeln, um Entwicklungsprojekte verwirklichen zu können?

Afghanistan ist keine Demokratie nach westlichem Muster. Man kann das angesichts der afghanischen Geschichte auch kaum erwarten. Die Aufbauhilfe orientiert sich an der Notwendigkeit, die Menschen vor Ort zu unterstützen und die staatlichen Strukturen zu stärken und besser zu legitimieren. Die Menschen sollen eine Entwicklungsperspektive und Aussicht auf ein sicheres Lebensumfeld erhalten.

Bei der praktischen Umsetzung von Vorhaben ist eine enge Abstimmung mit den gewählten und auch mit den traditionellen Repräsentanten der Bevölkerung sowie mit den Vertretern des Staates notwendig – sie ist Garant für den nachhaltigen Erfolg der Vorhaben. Die Bundesregierung stärkt dabei reformorientierte Kräfte in der afghanischen Gesellschaft.

2.9. Als Beleg für den Erfolg des Afghanistan-Einsatzes ist immer wieder vom Schulbesuch der afghanischen Mädchen die Rede. Ist es wirklich unsere Aufgabe dafür zu sorgen, dass afghanische Mädchen zur Schule gehen können?

Die afghanische Regierung hat in ihrer Strategie für den Bildungssektor (National Education Strategic Plan – NESP) den Schulbesuch von Mädchen für besonders wichtig erklärt. Deshalb umfasst die zivile Aufbauhilfe auch die Aufgabe, das afghanische Bildungsministerium dabei zu unterstützen, afghanischen Mädchen einen Schulbesuch zu ermöglichen.

Schon in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 heißt es: „Jeder Mensch hat das Recht auf Bildung.“ Die elementaren Rechte der Kinder sind – völkerrechtlich verbindlich – in der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen von 1989 festgeschrieben. Durch diese Konvention wurden die Kinderrechte ausdrücklich in den Rang von Menschenrechten gehoben und völkerrechtlich verbindlich formuliert. Die Kinderrechtskonvention gilt für alle Kinder und Jugendliche, die jünger als 18 Jahre sind - unabhängig vom Geschlecht. Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) definiert zehn elementare Rechte der Kinder, wozu auch das Recht auf Bildung zählt.

2.10. Wie steht es um die Frauenrechte?

Die Gleichberechtigung der Geschlechter ist in der afghanischen Verfassung von 2004 verankert, die rechtliche Diskriminierung unter den Taliban wurde aufgehoben. Die afghanische Regierung hat sich in ihrer Nationalen Entwicklungsstrategie (Afghanistan National Development Strategy - ANDS) und in ihrem Nationalen Aktionsplan für Frauen in Afghanistan (National Action Plan for Women in Afghanistan – NAPWA) zusätzlich das Ziel gesetzt, die Gleichberechtigung von Mann und Frau aktiv zu fördern. Sie ist jetzt auch in Afghanistan verfassungsrechtlich garantiert.

Diskriminierende Traditionen üben weiterhin einen starken Einfluss auf Denken und Einstellungen vor allem der ländlichen Bevölkerung aus. Dem afghanischen Staat gelingt es nur teilweise, die Gleichberechtigung in der Praxis zu gewährleisten.

Mit der Modernisierung des Landes wird sich auch die Lage der Frauen kontinuierlich verbessern. Daran wirken wir mit, etwa durch Gewährleistung von gleichen Bildungschancen für Jungen und Mädchen in den Schulen und durch gezielte Fördermaßnahmen für Frauen. Die afghanische Regierung wird bei der Umsetzung ihrer Gleichstellungsziele von Gleichstellungsabteilungen in den einzelnen Ministerien und Regierungsmitarbeiterinnen und –mitarbeitern unterstützt. Ein erster Erfolg dieser Arbeit ist unter anderem ein höherer Frauenanteil in den Ministerien.

Innerhalb der afghanischen Gesellschaft wächst das Bewusstsein für die Belange von Frauen und Mädchen. Die Frauen haben begonnen, eigene politische Forderungen zu stellen. Im afghanischen Parlament garantiert eine Frauenquote von 25 Prozent deren Vertretung. Für die Parlamentswahlen im September 2010 haben sich über 400 Kandidatinnen gemeldet. Bei den Parlamentswahlen 2005 waren es noch 328. Auch die Lage der Mädchen verbessert sich: Die Anzahl der

Kinderheiraten (Mädchen unter 15 Jahren) hat von elf Prozent auf drei Prozent abgenommen.

3. Einsatz der Bundeswehr

3.1. Inwiefern verbessert der Einsatz der Bundeswehr die Sicherheit der Menschen in Afghanistan?

Die Bundeswehr hat 2002 im Rahmen der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe (International Security Assistance Force – ISAF) zunächst in Kabul und später im Norden Afghanistans die Verantwortung für Sicherheit und Aufbau des Landes übernommen. Ziel des Bundeswehreinsatzes ist es unter anderem, die Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte, also Armee und Polizei, zu unterstützen. Dies soll die Afghanen in die Lage versetzen, selbst für ihre Sicherheit zu sorgen und ein sicheres Umfeld für die zivile Hilfe zu schaffen. So hat die Bundeswehr durch ein Trainingsprogramm die Ausbildung und die Einsatzfähigkeit der afghanischen Streitkräfte verbessert. Diese Anstrengungen werden in den nächsten Jahren weiter verstärkt.

Bis Afghanistan seine Sicherheit selbst garantieren kann, bleibt der Einsatz der Bundeswehr im Rahmen der ISAF entscheidend. Die afghanische Bevölkerung begrüßt dieses Engagement ausdrücklich. Nach einer repräsentativen Umfrage im Auftrag von ARD, ABC und BBC von Ende 2009 sprechen sich fast zwei Drittel der Bevölkerung für die Anwesenheit von ISAF-Truppen aus.

3.2. Was können wir noch erreichen, wenn unsere Verbündeten früher als erwartet abziehen?

Die Frage eines Abzugs der ISAF-Kontingente wird in der öffentlichen Diskussion der entsendenden Staaten – nicht nur in Deutschland – immer wieder aufgegriffen. Wann die internationalen Truppen Afghanistan wieder verlassen, steht noch nicht fest. Es gibt kein festes Datum für einen Abzug. Es hängt davon ab, wie schnell Afghanistan zu einem stabilen, selbständigen und vor allem sicheren Staat wird. Wenn Afghanistan in der Lage ist, selbst für seine Sicherheit zu sorgen, gibt es keinen Grund mehr für die Anwesenheit fremder Streitkräfte, also auch der Bundeswehr.

Die afghanische Regierung hat auf der Konferenz in London im Januar 2010 erklärt und auf der Kabuler Konferenz im Juli 2010 bekräftigt, dass sie innerhalb von fünf Jahren die volle Verantwortung für die Sicherheit übernehmen will. Die Bundeskanzlerin sagte am 26. Januar 2010: „Wir unterstützen Präsident Karsai ausdrücklich in seiner Aussage, dass wir bis 2014 eine Situation haben wollen, in der Afghanistan seine Sicherheit selbst garantieren kann. Das ist eine Zielsetzung der afghanischen Regierung. Wir selber nennen keinen Abzugstermin, aber wir unterstützen die afghanische Regierung bei diesem Ziel.“

Entscheidend für die Übernahme der Verantwortung ist, dass Afghanistan ein sicheres und wirtschaftlich selbständiges Land wird. Der Weg dahin ist nicht einfach und es bedarf vieler Anstrengungen. Unser Abzug muss sich also an Kriterien, die einen Abzug in Verantwortung erlauben, orientieren und nicht an einem festen Datum. Neben dem Aufbau von Armee und Polizei sollen die wirtschaftliche

Entwicklung des Landes vorangebracht, die Verwaltung und das Justizsystem gestärkt, die Korruption bekämpft und der Drogenanbau und Drogenhandel unterbunden werden.

Die Bundesregierung wird mit ihren Partnern Afghanistan in den nächsten Jahren intensiv unterstützen. So werden wir unsere Ausgaben für den zivilen Aufbau auf jährlich bis zu 430 Millionen Euro nahezu verdoppeln; die Zahl der in der Ausbildung von Armee und Polizei eingesetzten Ausbilder von Bundeswehr und Polizei werden wir deutlich erhöhen. Dadurch soll Afghanistan das selbstgesetzte Ziel erreichen, die Verantwortung bis 2014 zu übernehmen. Die zivilen und militärischen Elemente ihrer Gesamtstrategie für Afghanistan hat die Bundesregierung insgesamt unter die Überschrift „Übergabe in Verantwortung“ gestellt.

Wann genau die ersten Bundeswehrsoldaten Afghanistan verlassen können, hängt im Wesentlichen von zwei Faktoren ab: Zum einen kommt es darauf an, wie schnell wir Fortschritte bei der Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte machen. Zum anderen hängt der Abzug von der Entwicklung der jeweiligen regionalen Sicherheitslage ab. Diese stellt sich zurzeit in den einzelnen Regionen unterschiedlich dar. So kann es durchaus sein, dass wir zu einem recht frühen Zeitpunkt in einzelnen Provinzen die Verantwortung an die afghanischen Kräfte übergeben können - nämlich dort, wo sie in der Lage sind, die Sicherheit eigenständig zu gewährleisten. Einzelne Einsatzkräfte der Bundeswehr könnten wir dann dort einsetzen, wo sie dringender benötigt werden, oder schrittweise abziehen. Sowohl die Übergabe einzelner Provinzen wie auch den Abzug unserer Soldatinnen und Soldaten werden wir mit unseren Partnern in ISAF abstimmen, wie wir dies auch von ihnen erwarten.

3.3. Wie viele deutsche Soldaten befinden sich in Afghanistan, wo sind sie stationiert und was sind ihre Aufgaben?

Das derzeit gültige Bundestagsmandat legt eine Obergrenze von insgesamt 5.350 Soldatinnen und Soldaten für die Internationale Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force - ISAF) fest und gilt bis zum 28. Februar 2011. Im Herbst 2010 werden wir etwa 5.000 Soldaten im Einsatz in Afghanistan haben, zurzeit sind es etwas über 4.500. Nur nach Befassung des Verteidigungsausschusses und des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages können in besonderen Situationen und zeitlich begrenzt als Reserve weitere 350 Soldaten mit klar umrissenem Auftrag zum Einsatz kommen.

Ziel des ISAF-Einsatz ist es, gemäß der bis zum 13. Oktober 2010 geltenden Resolution 1890 (2009) und des genannten Bundestagsmandates Afghanistan bei der Aufrechterhaltung der Sicherheit zu unterstützen. Sowohl die afghanischen Staatsorgane als auch das Personal der Vereinten Nationen und anderes internationales Zivilpersonal, insbesondere solches, das dem Wiederaufbau und humanitären Aufgaben nachgeht, sollen in einem sicheren Umfeld arbeiten können. Insgesamt sind mehr als 120.000 Soldaten aus 47 Nationen für ISAF in Afghanistan im Einsatz.

Deutsche Kräfte werden grundsätzlich in den ISAF-Regionen Kabul und ISAF-Nord eingesetzt. Das Haupteinsatzgebiet ist dabei der Norden Afghanistans, für den das sogenannte Regionalkommando Nord verantwortlich ist. Dieses Gebiet ist etwa halb

so groß wie die Bundesrepublik Deutschland. Dort sind deutsche Soldaten in den Standorten Masar-i-Sharif, Kundus, Faisabad und Taloqan disloziert. Auch in Kabul sind deutsche Soldaten eingesetzt. Die Angehörigen des Einsatzgeschwaders Termes (Usbekistan) sind ebenfalls Teil des ISAF-Kontingents.

Auftrag der deutschen Soldaten in den sogenannten Wiederaufbauteams (Provincial Reconstruction Team - PRT) in Kundus und Faisabad ist es, gemeinsam mit den regionalen Sicherheitskräften und Behörden für ein stabiles und sicheres Umfeld zu sorgen. Das stärkt den Einfluss der Zentralregierung. Zugleich können sich staatliche und nichtstaatliche Hilfsorganisationen dem Wiederaufbau und der Entwicklung des Landes widmen. In Taloqan befindet sich ein sogenanntes Beraterteam (Provincial Advisory Team - PAT). Es dient – ähnlich wie die PRT – als Ansprechstelle für die afghanischen Partner der Provinz Takhar.

Das Einsatzgeschwader Masar-i-Sharif gewährleistet den Flugbetrieb und die Flugsicherheit auf dem dortigen Flugplatz. Er ist Ausgangspunkt für alle Luftaufklärungsflüge der deutschen Recce-Tornados sowie des Lufttransportes. Hier stehen rund um die Uhr auch Flugzeuge und Hubschrauber für Rettungseinsätze bereit. Mit der Verstärkung der amerikanischen Kräfte in der Nordregion hat der Flugplatz in Masar-i-Scharif eine herausragende Bedeutung erhalten. Dies führt dazu, dass hier auf einen täglichen Betrieb rund um die Uhr („24/7“) umgestellt wird.

Die Bundeswehr wird weiterhin eng mit dem 209. Korps der afghanischen Armee (Afghan National Army - ANA) im Nordbereich zusammenarbeiten. Das Korps besteht künftig aus drei Brigaden. Für die zügige Ausbildung dieses Korps sowie für einen ausreichenden Schutz der Bevölkerung und unserer zivilen Aufbauhelfer werden drei Ausbildungs- und Schutzbataillone benötigt. Zwei davon wird das deutsche Einsatzkontingent ISAF stellen. Dazu werden die schnelle Eingreiftruppe der Nord-Region (Quick Reaction Force - QRF) und die Einheiten in Kundus neu gegliedert und verstärkt. Ende 2010 soll der Anteil der Soldaten, die im Bereich Ausbildung und Schutz eingesetzt sind, von derzeit rund 280 auf über 1.400 gestiegen sein.

Die Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte steht zunehmend im Mittelpunkt. Die afghanische Regierung und die internationale Gemeinschaft haben eine intensivere Ausbildung vereinbart. Dadurch sollen bis Oktober 2011 die afghanische Polizei auf 134.000 und die afghanische Armee auf 171.600 Mann anwachsen.

3.4. Wie groß ist das Gebiet in Afghanistan, in dem die Bundeswehr Verantwortung trägt?

Deutschland trägt seit Mitte 2006 Verantwortung für die Nordregion. Dieses Gebiet ist ungefähr halb so groß wie die Bundesrepublik Deutschland. In seinem Verantwortungsbereich stellt Deutschland in Kundus und Faisabad zwei der fünf regionalen Wiederaufbauteams (Provincial Reconstruction Team – PRT). Sie haben die Aufgabe, ein stabiles Umfeld für den zivilen Wiederaufbau zu schaffen.

3.5. Wie viele deutsche Soldaten sind in Afghanistan ums Leben gekommen? Wie viele wurden verletzt?

In Afghanistan sind bis Mitte August 2010 insgesamt 43 deutsche Soldaten ums Leben gekommen. Davon sind 26 im Zuge von Gefechten, Anschlägen oder durch die Wirkung von Minen oder behelfsmäßigen Sprengsätzen gefallen. Die anderen starben durch Unfälle oder andere Umstände. 206 deutsche Soldaten sind im gleichen Zeitraum in Afghanistan verwundet worden.

Aktuelle Informationen dazu finden Sie im Internet unter:
www.einsatz.bundeswehr.de

3.6. Was passiert, wenn deutsche Soldaten Zivilisten töten?

Trotz aller Vorsichtsmaßnahmen ist leider nicht auszuschließen, dass von der Anwendung militärischer Gewalt auch unbeteiligte Zivilisten betroffen sind. Bei einem solchen Vorfall klärt die Bundeswehr sofort den Sachverhalt vor Ort. Nach bisheriger Praxis wird der Vorfall dann zunächst an die Staatsanwaltschaft in Potsdam gemeldet, da dort der Standort des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr ist. Die Staatsanwaltschaft Potsdam führt eine erste Prüfung durch. Sie gibt gegebenenfalls das Verfahren an die Staatsanwaltschaft am Wohnsitz des jeweils betroffenen Soldaten ab. Für Straftaten nach dem Völkerstrafgesetzbuch ist die Bundesanwaltschaft zuständig. Dies gilt insbesondere für Kriegsverbrechen, das heißt für schwere Verletzungen des im Rahmen eines bewaffneten Konflikts anwendbaren humanitären Völkerrechts.

Die deutsche Staatsanwaltschaft ist aufgrund gesetzlicher Vorgaben verpflichtet, tätig zu werden, sofern zureichende tatsächliche Anhaltspunkte für eine Straftat vorliegen. Wenn etwa infolge des Schusswaffengebrauchs durch deutsche Soldatinnen und Soldaten Dritte verletzt oder getötet werden, wird es regelmäßig zu Ermittlungen kommen. Das ist rechtsstaatlich und strafprozessual geboten und trifft ebenso auf entsprechende Vorkommnisse beim Schusswaffengebrauch durch Polizeibeamte zu.

Langandauernde Ermittlungen rufen nicht nur bei den unmittelbar davon betroffenen Soldatinnen und Soldaten, sondern bei vielen Bundeswehrangehörigen im Auslandseinsatz den Eindruck hervor, es gebe „Zweifel“ an der rechtlichen Grundlage ihres Handelns. Dies ist eine Belastung bei der Erfüllung ihres Auftrags. Deshalb soll künftig nur eine Staatsanwaltschaft zuständig sein, bei der Fachkenntnisse sowohl zu den rechtlichen Grundlagen als auch zu den tatsächlichen Besonderheiten eines Auslandseinsatzes der Bundeswehr gebündelt werden. Dies bietet die Gewähr für eine sachgerechte und zügige Durchführung rechtsstaatlich gebotener Verfahren.

3.7. Kann man den Tod von Zivilisten nicht verhindern?

Bei allen Auslandseinsätzen der Bundeswehr und beim Handeln jedes Soldaten ist höchste Priorität, zivile Opfer zu vermeiden.

Auch NATO-interne und nationale Einsatzregeln (Operationsplan, „Rules of Engagement“, Taschenkarte) sehen dies vor. Die darin enthaltenen Regelungen für

die Anwendung militärischer Gewalt entsprechen den Schutzvorschriften des humanitären Völkerrechts.

Die besondere Herausforderung für unsere Einsatzkräfte hierbei liegt darin, dass gegnerische Kräfte von der unbeteiligten afghanischen Bevölkerung schwer zu unterscheiden sind. Sie sind erst als solche zu erkennen, wenn sie Waffen gegen unsere Soldaten oder die afghanischen Sicherheitskräfte einsetzen. Zusätzlich nutzen sie oftmals auch die eigene Bevölkerung als Schutzschild.

3.8. Welche Aufgaben hat das Kommando Spezialkräfte (KSK) in Afghanistan? Wie viele KSK-Soldaten sind in Afghanistan eingesetzt?

Die Bundeswehr hat einen Einsatzverband der Spezialkräfte zur Unterstützung im Regionalkommando Nord der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe (International Security Assistance Force - ISAF) in Afghanistan eingesetzt. Dieser Einsatzverband trägt bei ISAF die operationelle Bezeichnung „Task Force 47“. Er setzt sich aus Soldatinnen und Soldaten aus dem Kommando Spezialkräfte (KSK), der Division Spezielle Operationen (DSO) und Angehörigen des Militärischen Nachrichtenwesens der Bundeswehr zusammen.

Die Spezialkräfte der Bundeswehr haben nicht mehr Befugnisse als die anderen Kräfte des deutschen Einsatzkontingentes bei ISAF.

Auftrag der „Task Force 47“ ist es, die Kenntnis über die gegnerischen Kräfte zu verbessern, die mit den Anschlägen gegen die Sicherheitskräfte und insbesondere gegen die Soldaten der Bundeswehr in Verbindung stehen. Dadurch tragen sie zum Schutz des deutschen Einsatzkontingentes bei. Zielsetzung des Einsatzes der „Task Force 47“ ist es, bei Vorliegen der erforderlichen Voraussetzungen gemeinsam mit den afghanischen Sicherheitskräften die Festnahme von gegnerischen Kräften zu ermöglichen. Operationen werden immer gemeinsam mit afghanischen Sicherheitskräften geplant und durchgeführt.

Die „Task Force 47“ kann ihre Aufgaben nur unter strikter operativer Geheimhaltung erfüllen. Um die Sicherheit der eingesetzten Soldaten nicht zu gefährden, gibt die Bundeswehr der Öffentlichkeit grundsätzlich keine Einzelheiten über die Fähigkeiten und den Einsatz der Spezialkräfte bekannt. Die parlamentarische Kontrolle über diesen sensiblen Bereich des Einsatzes der Bundeswehr ist über die zuständigen Gremien des Deutschen Bundestages gewährleistet, die regelmäßig über die Aktivitäten der Task Force 47 informiert werden.

3.9. Wie ist die medizinische Versorgung der Soldaten? Was passiert, wenn sie verwundet werden?

Das deutsche Einsatzkontingent ISAF verfügt über ein eigenes Einsatzlazarett in Masar-i-Sharif, das personell und materiell etwa einem deutschen Kreiskrankenhaus entspricht. In Masar-i-Sharif stehen zudem ein Transportflugzeug TRANSALL (C-160) und ein Transporthubschrauber (CH-53) bereit, die zur medizinischen Evakuierung ausgerüstet sind. Für den Langstreckentransport von Kranken und Verletzten wird ein Airbus (A 310) der Luftwaffe eingesetzt, der als Intensivstation eingerichtet und in Köln-Wahn stationiert ist. Inzwischen unterstützen auch

amerikanische medizinische Evakuierungshubschrauber (MEDEVAC) die im Norden Afghanistans eingesetzten internationalen Kräfte.

Verwundete Soldaten werden durch die sogenannte Rettungskette versorgt. Noch vor Beginn der ersten sanitätsdienstlichen Maßnahmen steht die Selbst- und Kameradenhilfe. Jeder Soldat erhält hierzu eine einsatzbezogene Ausbildung, die ihn befähigt, bei seinen verletzten Kameraden erweiterte lebenserhaltende Maßnahmen durchzuführen.

Nach der Erstversorgung durch die Kameraden vor Ort übernimmt professionelles notfallmedizinisches Personal des Sanitätsdienstes die weitere Versorgung. Der Transport erfolgt entweder mit geschützten Fahrzeugen, die in ihrer Ausstattung einem Rettungsfahrzeug in Deutschland vergleichbar sind, oder bei größeren Entfernungen auch mit Rettungshubschraubern. Erster Anlaufpunkt ist entweder eine Rettungsstation oder in Abhängigkeit vom Behandlungsbedarf auch direkt ein Rettungszentrum.

In der Rettungsstation erfolgt die weiterführende notfallmedizinische Versorgung. Sie umfasst Sichtung, Schock- und Schmerzbekämpfung, blutstillende Maßnahmen. Zusätzlich wird die Beatmung sichergestellt, sofern dies nicht bereits im Rahmen der Rettungskette erfolgt ist.

Im Rettungszentrum stehen Chirurgen und Anästhesisten für die anschließende notfallmedizinische Diagnostik und Therapie bereit.

Im Einsatzlazarett werden Patienten ambulant oder stationär fachärztlich versorgt. Hier sind eine erweiterte chirurgische, intensivmedizinische und fachärztliche Diagnostik und Therapie möglich. Wenn erforderlich, wird von hier aus der weitere Transport des Soldaten nach Deutschland vorbereitet.

Für die abschließende Versorgung stehen in erster Linie die Bundeswehrkrankenhäuser zur Verfügung. Aber auch auf zivile Spezialkliniken und Rehabilitationseinrichtungen greift die Bundeswehr bei Bedarf zurück, um eine optimale Versorgung sicherzustellen.

3.10. Immer wieder kehren Soldaten als Versehrte zurück. Wer kümmert sich um sie und die Familien?

Erleiden Soldatinnen und Soldaten im Auslandseinsatz gesundheitliche Schäden, sind Vorgesetzte und Personalabteilungen im Interesse der Betroffenen gefordert, diesen Handlungsperspektiven aufzuzeigen. Zudem steht den Betroffenen in den Standorten ein „psychosoziales Netzwerk“ zur Verfügung. Dort arbeiten Fachkräfte des Sanitätsdienstes, des Psychologischen Dienstes und des Sozialdienstes der Bundeswehr sowie Vertreter der Militärseelsorge eng zusammen. Sie bieten den Soldatinnen und Soldaten sowie deren Familienangehörigen individuelle Hilfe und Beratung vor Ort. Dies erfolgt auch unter Beteiligung der Familienbetreuungsorganisation der Bundeswehr. Sie ist Verbindungsglied zu den Ansprechpartnern im zivilen sogenannten „Netzwerk der Hilfe“, einem Zusammenschluss von privaten Hilfsinitiativen, Stiftungen und Einzelpersonen.

Der Sozialdienst der Bundeswehr ist bundesweit tätig. Wenn der regional zuständige Sozialdienst von einem Todesfall oder einer Verwundung erfährt, bietet er den Angehörigen am Familienwohnort seine sozialdienstliche Unterstützung an. Zu den Aufgaben des Sozialdienstes der Bundeswehr gehört unter anderem die Beratung und Betreuung des Betroffenen in allen sozial-, sozialversicherungs- und versorgungsrechtlichen Fragen. Er hilft auch bei der Geltendmachung und Verfolgung rechtlicher Ansprüche.

Im Krankheitsfall erfolgt die Behandlung verletzter und psychisch traumatisierter Soldatinnen und Soldaten grundsätzlich in den Bundeswehrkrankenhäusern und Fachsanitätszentren. Dies schließt auch eine psychologische Behandlung ein. Zivile Gesundheitseinrichtungen werden gegebenenfalls auch in den Behandlungsprozess mit einbezogen, um eine heimatnahe Versorgung möglich zu machen.

3.11. Zusammenarbeit militärischer und ziviler Kräfte – wie funktioniert das in Afghanistan?

Ziviler Aufbau und Sicherheit gehören eng zusammen: Sicherheit ist Voraussetzung für Wiederaufbau und Entwicklung. Genauso sind spürbarer Wiederaufbau und Entwicklung Voraussetzung dafür, dass nachhaltige Sicherheit erreicht werden kann. Darauf baut eine vernetzte Sicherheitspolitik auf. Dies betrifft staatliche wie nichtstaatliche Akteure gleichermaßen.

Konkret bedeutet dies für die staatliche Seite, dass alle beteiligten Ressorts eng zusammenarbeiten. Dem wird in Afghanistan besonders Rechnung getragen mit der Ausgestaltung der deutschen Regionalen Wiederaufbauteams (Provincial Reconstruction Team - PRT) in Kundus und Faisabad, die zivil-militärisch geführt werden.

3.12. Warum bohrt die Bundeswehr Brunnen, baut Brücken und errichtet Schulen?

Die Federführung für den Wiederaufbau und die Entwicklung Afghanistans liegt innerhalb der Bundesregierung beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Die Entwicklungszusammenarbeit wird von zivilen Experten umgesetzt, die im Auftrag des BMZ tätig sind. Die Bundeswehr hingegen nimmt im Regelfall keine Aufgaben in diesem Bereich wahr. Ihre Hauptaufgabe ist es, das notwendige sichere Umfeld für die zivile Wiederaufbau- und Entwicklungsarbeit sicherzustellen.

Die Projekte, die die Bundeswehr im Auslandseinsatz wie zum Beispiel in Afghanistan durchführt, laufen unter dem Begriff CIMIC (Civil Military Cooperation, Zivil-Militärische Zusammenarbeit). CIMIC-Soldaten bauen in erster Linie Netzwerke auf, knüpfen Verbindungen, sprechen mit lokalen Autoritäten und der Bevölkerung. Diese Projekte werden – abgestimmt mit den afghanischen Autoritäten und den primär zuständigen Organisationen – durch die Bundeswehr initiiert, in wenigen Fällen auch von ihr durchgeführt, meist jedoch an Nichtregierungsorganisationen und lokale Bauunternehmen vergeben. Finanziert werden diese Projekte vor allem aus Mitteln des Auswärtigen Amtes.

3.13. Wie unterstützt die Bundeswehr den Aufbau der afghanischen Armee (ANA) und der afghanischen Polizei (ANP)?

Die Bundeswehr wird im Laufe dieses Jahres ihre Kapazitäten für die Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte deutlich verstärken. Derzeit gibt es acht Ausbildungs- und Verbindungsteams (Operational Mentor and Liaison Teams - OMLT), die einzelne Verbände und Einheiten der Afghanischen Nationalarmee beraten und trainieren. Diese OMLT werden vor dem Hintergrund der Neuausrichtung des deutschen Einsatzkontingents ISAF auch zukünftig ihre Aufgaben bei den zugeordneten Einheiten und Verbänden wahrnehmen.

Ab November 2010 sollen in Masar-i-Sharif und Kundus zusätzlich zwei Ausbildungs- und Schutzbataillone einsatzbereit sein. Mehr als 1.400 Soldaten sind dann für die Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte vorgesehen. Sie werden die Einheiten der afghanischen Armee nicht nur ausbilden, sondern auch zusammen mit ihnen Operationen durchführen. Dabei sollen diese Operationen künftig grundsätzlich von den afghanischen Stellen geleitet werden. Darüber hinaus werden auch afghanische Soldaten in Deutschland ausgebildet.

Neben Ausbildungs-, Ausstattungs- und Infrastrukturmaßnahmen trägt Deutschland zum Aufbau der afghanischen Polizei durch die Entsendung von Polizeitrainingsexperten bei. Diese werden in das bilaterale Polizeiprojekt und die EU-Polizeimission EUPOL Afghanistan entsandt. Zusätzlich setzt die Bundeswehr ein Feldjägerausbildungskommando mit 45 Feldjäger-Soldaten ein. Sie unterstützen das bilaterale Polizeiprojekt im Rahmen des „Focused District Development (FDD)“ Programms. Dieses setzt auf das Prinzip der Ausbildung im Distrikt mit einer Dauer von etwa elf Monaten. Dabei bilden Feldjäger unter anderem im Polizeitrainingszentrum in den Bereichen der Waffen- und Schießausbildung, des waffenlosen Kampfes, der Ausbildung am Checkpoint (einschließlich der Durchsuchung von Fahrzeugen und Personen) sowie der Eigensicherung aus. Das militärische deutsche Einsatzkontingent unterstützt die Ausbildung in dieser Phase zusätzlich im Rahmen der Sanitätsausbildung und des Umgangs mit Sprengfallen.

3.14. Der Bundestag hat 2010 zugestimmt, das deutsche Engagement auszuweiten. Warum war das notwendig?

Die internationale Gemeinschaft hat auf der Londoner Konferenz im Januar 2010 eine weitgehende Neuausrichtung ihrer Afghanistan-Strategie beschlossen. Kern ist die schrittweise Übergabe der Verantwortung für die Zukunft des Landes an die afghanische Regierung. Die afghanische Regierung hat bekräftigt, innerhalb der nächsten fünf Jahre die Sicherheitsverantwortung für ihr Land übernehmen zu wollen. Dazu sollen in einem ersten Schritt bis Oktober 2011 die afghanische Armee auf rund 171.000 Soldaten und die afghanische Polizei auf 134.000 Polizisten anwachsen. Außerdem soll die Ausbildung der Sicherheitskräfte beschleunigt werden.

Auch wir haben Afghanistan dafür weitere Unterstützung zugesichert. Deutschland wird deshalb seine militärischen Anstrengungen für den Aufbau und die Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte noch einmal erhöhen. Nur gut ausgebildete afghanische Sicherheitskräfte geben uns eine militärische Abzugsperspektive. Bislang waren rund 280 Soldaten als Ausbilder eingesetzt. Künftig sollen es rund

1.400 sein. Zu einem wesentlichen Teil konnte dies bereits durch Umgliederungen erreicht werden. Dennoch war eine Erhöhung der militärischen Kräfte um 500 Soldatinnen und Soldaten erforderlich. Dies ergänzt eine flexible Reserve von weiteren 350 Soldatinnen und Soldaten. Sie sollen beispielsweise als zusätzliche Verstärkungskräfte Wahlen absichern. Ohne diese Erhöhung würde der für 2011 angestrebte Beginn der Übernahme der Verantwortung durch die afghanischen Sicherheitskräfte in unserem Verantwortungsbereich im Norden erst später erfolgen. Daher mussten wir das Mandat in diesem Bereich anpassen. Der Einsatz konzentriert sich aber weiterhin auf die Nordregion und den Raum Kabul. Dem stimmte der Deutsche Bundestag im Februar 2010 zu.

Als Folge der international erfolgten Neuausrichtung wird in allen Bereichen nachgesteuert, die Stabilisierung und Aufbau Afghanistans betreffen. Eine rein militärische Lösung für die bestehenden Herausforderungen gibt es weiterhin nicht. Vielmehr muss eine positive Entwicklung in den Bereichen Sicherheit, Entwicklung, Regierungsführung, regionale Zusammenarbeit und internationale Kooperation erreicht werden. Für unseren deutschen Beitrag bedeutet dies, in erster Linie die übergreifende Kooperation aller beteiligten Ministerien noch weiter zu verstärken. Auch dies bringt das neue Mandat zum Ausdruck.

4. Polizeiaufbau

4.1. Die Bundesregierung hat angekündigt, die Ausbildung afghanischer Polizisten zu verstärken. Auch bisher hat Deutschland die Polizeiausbildung unterstützt. War das erfolglos?

Anstrengungen zu verstärken heißt nicht, dass bisherige Bemühungen erfolglos waren. Seit 2002 fördert Deutschland auf der Grundlage einer Vereinbarung mit der afghanischen Regierung den Aufbau der afghanischen Polizei. Die Schwerpunkte liegen dabei auf Ausbildung, Ausstattungs- und Infrastrukturmaßnahmen. Außerdem führt Deutschland Alphabetisierungskurse für die Polizisten durch und leistet einen finanziellen Beitrag zur Gewährleistung angemessener und transparenter Gehaltszahlungen. Über 30.000 afghanische Polizisten haben bisher an deutschen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen teilgenommen. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur inneren Sicherheit Afghanistans, auch zur Bekämpfung der Drogenkriminalität. Gerade deshalb sind sie immer wieder Ziel terroristischer und krimineller Attentate.

Allerdings sind wir vom Ziel der inneren Sicherheit in Afghanistan noch weit entfernt. Der staatliche Schutz von Leben und körperlicher Unversehrtheit der Bürger – beispielsweise vor terroristischen Anschlägen – ist eine absolut vorrangige staatliche Verpflichtung. Der Staat muss sie gegenüber den Bürgern einlösen. Die afghanische Regierung und die internationale Gemeinschaft haben sich das ehrgeizige Ziel gesetzt, die Anzahl der afghanischen Polizisten bis Oktober 2011 auf bis zu 134.000 zu erhöhen. Eine angemessene Anzahl ausgebildeter und ausgestatteter Polizisten ist eine der Voraussetzungen dafür, dass Afghanistan Verantwortung für die Sicherheit im Land übernehmen kann. Darum verstärken wir die Ausbildung und unsere weiteren Anstrengungen beim Polizeiaufbau.

4.2. Deutschland leistet bilateral beim Aufbau der afghanischen Polizei Hilfe, aber auch im Rahmen der EU. Passt das zusammen?

Deutschland unterstützt den Polizeiaufbau in Afghanistan auf der Grundlage einer bilateralen Vereinbarung mit der afghanischen Regierung seit 2002. Seit 2007 beteiligen sich Deutschland und andere EU Mitgliedsstaaten zudem im Rahmen der Polizeimission EUPOL Afghanistan.

Das gemeinsame Ziel ist der Aufbau effektiver und tragfähiger Polizeistrukturen. EUPOL konzentriert sich auf die Ausbildung von Lehrkräften, Korruptionsbekämpfung und die Verbesserung der Zusammenarbeit von Polizei und Staatsanwaltschaft. Schwerpunkt des bilateralen Projekts ist dagegen die Grundausbildung in vier Polizeitrainingszentren. Außerdem arbeitet das bilaterale Polizeiprojekt eng mit EUPOL zusammen und stellt zusätzliche Gelder und Strukturen für die Umsetzung von EUPOL-Projekten bereit. Beide Ansätze ergänzen einander.

4.3. Wie sehen die praktischen Maßnahmen unserer Unterstützung aus?

Die Schwerpunkte unserer Unterstützung sind Ausbildungs-, Ausstattungs- und Infrastrukturmaßnahmen. Zum Beispiel haben wir gemeinsam mit Kanada den Bau und die Ausstattung der Grenzpolizeifakultät in Kabul finanziert. Sie wurde im Juni 2010 eingeweiht. Weitere wichtige Projekte sind die Hauptquartiere der Bereitschafts- und der Verkehrspolizei in Kabul, das Polizeihauptquartier Faisabad, oder die Außenstelle der Polizeiakademie in Masar-i-Sharif. Die deutschen Polizeitrainingszentren in Kabul, Masar-i-Sharif, Kundus und Faisabad werden weiter ausgebaut. Außerdem bilden wir afghanische Polizeilehrkräfte aus, die den Unterricht in den Trainingszentren nach und nach übernehmen sollen.

Um die hohe Analphabetenrate zu reduzieren, führen wir Alphabetisierungskurse für die Polizisten durch. Deutschland leistet außerdem einen finanziellen Beitrag zu einem internationalen Fonds (Law and Order Trust Fund Afghanistan - LOTFA). Aus diesem Fonds werden die Gehälter der afghanischen Polizisten finanziert, solange die afghanische Regierung dies nicht aus eigenen Mitteln kann. In diesem Rahmen setzt sich die Bundesregierung für angemessene Gehälter und die Einführung transparenter Zahlungswege ein. Dies hilft, die Anfälligkeit der afghanischen Polizisten für Korruption zu vermindern.

Im Auftrag der Bundesregierung steht die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) dem bilateralen Polizeiprojekt und EUPOL als Durchführungsorganisation zur Seite. Die Ausstattungs- und Infrastrukturprojekte sowie die Alphabetisierungskurse werden von der GTZ umgesetzt.

Die Ausbildung übernehmen deutsche Polizisten. Die praktischen Maßnahmen umfassen die Konzeption von Ausbildungsgängen, Lehrplänen und Prüfungsordnungen oder die Beratung bei Auswahlverfahren. Hinzu kommen die Durchführung von Aus- und Fortbildungsmaßnahmen sowie die Ausbildung von Fachlehrern und Multiplikatoren. Über 12.000 Absolventen haben bisher die Polizeiakademie Kabul durchlaufen, die seit 2002 wieder eröffnet ist. Nach einem mehrjährigen, fundierten Studium an der Akademie werden die neuen Polizeioffiziere

– unter deutscher Mitwirkung – an Schlüsselpositionen der Polizei, der Grenzpolizei und des Innenministeriums eingesetzt.

Ein Schwerpunkt ist die Polizeiausbildung auf Distriktebene. Im Zuge des sogenannten „Focused District Development“-Programms (FDD) werden die Polizisten ausgebildet und intensiv nachbetreut. Deutschland beteiligt sich seit Januar 2009 am FDD-Programm in einer Reihe von Schwerpunktdistrikten in unserem Verantwortungsbereich im Norden Afghanistans. FDD gliedert sich in drei Abschnitte: nach einer Evaluierung des jeweiligen Distrikts erhalten die Polizisten eine Ausbildung im Trainingszentrum. Für die Dauer der Ausbildung werden sie durch Bereitschaftspolizei ersetzt. Danach beginnt die Nachbetreuungsphase, in der die Polizisten in ihren Distrikt zurückkehren und bis zu 24 Wochen lang von deutschen Polizeimentoren beraten und betreut werden. Diese Mentoren-Teams bestehen aus bis zu vier Polizisten und bis zu vier Feldjägern der Bundeswehr. Insbesondere die intensive Nachbetreuung stellt sicher, dass die afghanischen Polizisten das Erlernte tatsächlich in die Praxis umsetzen können. Die Ausbildung versetzt die afghanische Polizei auch in die Lage, angemessen auf Bedrohungssituationen und Angriffe reagieren zu können.

4.4. Wie ist die Bundeswehr in die Polizeiausbildung eingebunden?

Die Bundeswehr unterstützt die Ausbildung der afghanischen Polizei (Afghan National Police - ANP) in der Nordregion seit Aufstellung des Feldjägerausbildungskommandos ANP am 1. April 2007. Zentraler Stationierungsort war Masar-i-Sharif. Die Ausbildungsinhalte konzentrierten sich auf die Themen „Eigensicherung“ sowie „polizeiliche Basisaufgaben“ und umfassten im sogenannten „Basiskurs“ auch allgemeinmilitärische Ausbildungsgebiete. Weiterführende Kurse sahen zudem eine Waffen- und Schießausbildung vor. Bisher wurden insgesamt 4.877 afghanische Polizisten ausgebildet. Diese Ausbildung ist derzeit ausgesetzt, da alle deutschen Feldjägerkräfte bei der Polizeiausbildung auf Distriktebene im Rahmen des „Focused District Development“ (FDD) eingesetzt werden.

5. Land und Leute in Afghanistan

5.1. Woher kommt der Name Afghanistan?

Der Name Afghanistan bedeutet wörtlich: Land der Afghanen. Bereits in den Aufzeichnungen des indischen Mogulreich-Gründers Babur aus dem 16. Jahrhundert wird diese Region so genannt. Die gebräuchliche Bezeichnung des heutigen Gebiets lautete Khorasan. Afghanistan wurde Anfang des 20. Jahrhunderts zum offiziellen Namen des Königreiches.

Quelle: <http://www.suedasien.info/laenderinfos/254>

5.2. Welche Staatsform hat Afghanistan heute?

Afghanistan ist eine islamische Republik mit einem Präsidialsystem. Offizieller Titel des Landes ist „Islamische Republik Afghanistan“. Über 99,9 Prozent der Bevölkerung sind Muslime, davon etwa vier Fünftel meist hanafitische Sunniten und ein Fünftel imamitische Schiiten.

Die verfassungsgebende Große Ratsversammlung („Loya Jirga“), die vom 14. Dezember 2003 bis 4. Januar 2004 in Kabul zusammenkam, verabschiedete nach dreiwöchiger Beratung eine neue Verfassung. Sie sieht einen direkt vom Volk gewählten Präsidenten vor, der neben seiner Funktion als Staatsoberhaupt gleichzeitig auch Regierungschef ist. Die afghanische Nationalversammlung (Shuraye Melli) besteht aus dem Unterhaus (Volksvertretung, Wolesi Jirga) und dem Oberhaus (Ältestenrat, Senat, Meshrano Jirga). Beide Häuser sind nach dem Modell eines klassischen Zweikammersystems gleichberechtigt an der Gesetzgebung beteiligt. Ober- und Unterhaus tagten am 19. Dezember 2005 zum ersten Mal.

Staatsoberhaupt Hamid Karsai begann am 19. November 2009 seine zweite Amtszeit als Regierungschef. 2002 hatte er dieses Amt zunächst als Übergangspräsident angetreten. Seit dem 9. Oktober 2004 ist er offiziell gewähltes Staatsoberhaupt.

Quelle: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Afghanistan/Innenpolitik.html>, <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/01-Laender/Afghanistan.html>

5.3. Welche ethnische Herkunft haben die Einwohner Afghanistans?

Die Bevölkerung Afghanistans liegt bei 32 Millionen Einwohner (Schätzung 2009). Genaue Angaben zur ethnischen Aufteilung der Bevölkerung sind nicht verfügbar, grobe Schätzungen sprechen von rund 42 Prozent Paschtunen, 27 Prozent Tadschiken und 9 Prozent Hazara und Usbeken. Hinzu kommen zahlreiche kleinere ethnische Gruppen (Aimak, Turkmenen, Baluchi, Nuristani und andere). Das Bevölkerungswachstum liegt bei 2,6 Prozent (2009, ebenfalls geschätzt). Zu den offiziellen Landessprachen gehören Dari (50 Prozent) und Paschtu (Persisch, 35 Prozent). Hinzu kommen zahlreiche weitere Sprachen.

5.4. Wie ist die Infrastruktur des Landes?

Die Infrastruktur des Landes ist im Bürgerkrieg der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts und unter dem Taliban-Regime weitgehend zerstört worden. Seit 2001 hat die internationale Gemeinschaft massiv den Wiederaufbau der Infrastruktur unterstützt mit Straßen-, Flughafenbau und –ausbau, Verbesserung der Energieversorgung sowie Wiederaufbau und Bau von Schulen und anderen öffentlichen Gebäuden. In Nordafghanistan entstanden allein mit deutscher Hilfe über 600 Kilometer Straße und zahlreiche Brücken. 250.000 Afghanen haben durch Bewässerungsprojekte heute eine landwirtschaftliche Existenzgrundlage. Gerade auf dem Land bleiben aber die Herausforderungen besonders groß. Dort fehlen Infrastruktur und Erwerbsmöglichkeiten außerhalb der Landwirtschaft.

Quelle: http://www.bundesregierung.de/nn_246856/Content/DE/Artikel/Afghanistan/VielErreicht/2007-08-18-viel-erreicht.html, <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/01-Laender/Afghanistan.html>

5.5. Wie sieht die Medienlandschaft in Afghanistan aus?

Die afghanische Medienlandschaft hat sich seit 2001 kontinuierlich positiv entwickelt. Allerdings gilt diese vielversprechende Entwicklung nicht für die rechtlichen Rahmenbedingungen der Meinungs- und Pressefreiheit. Aus diesem Grund rutschte Afghanistan von Platz 127 des Worldwide Press Freedom Index im Jahr 2005 auf Platz 142 im Jahr 2008. Eine kritische Bilanz der Lage der Pressefreiheit in Afghanistan ziehen auch „Reporter ohne Grenzen“ (ROG) in einem am 16. März 2009 veröffentlichten Bericht. Allerdings beschreiben sie die Entwicklung einer pluralistischen Medienlandschaft in Afghanistan als positiv. Während der Taliban-Herrschaft gab es keine Meinungs- und Pressefreiheit, also auch keine unabhängigen Medien. Seit dem Fall der Taliban ist die Anzahl von Printpublikationen sowie staatlichen und privaten Radio- und Fernsehprogrammen sprunghaft gestiegen. Rund 300 Zeitungen entstanden, 14 davon erscheinen täglich. Es gibt heute sieben Nachrichtenagenturen, darunter die landesweit meistgenutzte, unabhängige Nachrichtenagentur „Pajwok“. In den vergangenen Jahren kamen 90 private Radio- und 20 TV-Anbieter hinzu, darunter große Stationen wie Radio Arman und Tolo TV (2004) sowie Ariana Television Network (2005), die westliche TV-Formate übernehmen.

Noch vor wenigen Jahren war das Radio die wichtigste Informationsquelle. Heute ist es das Fernsehen. Viele Machthaber aus den Provinzen haben ihre eigenen Medienanstalten gegründet, teilweise aus kommerziellen Motiven, teilweise aber auch, um ihre Macht zu erhalten bzw. auszubauen. Offiziell gibt es keine Zensur der afghanischen Medien.

Quelle: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Afghanistan/Kultur-UndBildungspolitik.html>, <http://www.dw-world.de/dw/article/0,,5181741,00.html>

5.6. Wie entwickelt sich Afghanistans Wirtschaft?

Die wirtschaftliche Entwicklung Afghanistans gibt Anlass zu Optimismus. Im Durchschnitt lag die Wachstumsrate im zweistelligen Bereich. 2009/2010 lag sie bei rund 22 Prozent. Zum deutschen Engagement für Wiederaufbau und Entwicklung gehören der Aufbau der First Micro Finance Bank (FMFB) und die Einrichtung der Investitionsagentur AISA (Afghan Investment Support Agency). Die Mikrofinanzbank FMFB hat im Mai 2004 ihre Arbeit aufgenommen. Sie verfügt landesweit inzwischen über 32 Zweigstellen und konnte bislang 100.000 Mikrokredite sowie 900 Darlehen an kleine und mittlere Unternehmen vergeben.

Bei der Investitionsagentur AISA waren 2008 14.562 Unternehmen mit einem Investitionsvolumen von über 4 Milliarden US-Dollar registriert, die rund 628.000 Arbeitsplätze schaffen. 2007 hat zudem mit deutscher Unterstützung eine afghanische Exportförderagentur ihre Arbeit aufgenommen. Sie soll die afghanische Wirtschaft dabei unterstützen, in den letzten Jahrzehnten verlorengegangene Absatzmärkte zurückzuerobern.

Die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) engagiert sich seit 2002 für die Förderung von Existenzgründungen, um dadurch den Privatsektor zu stärken und Arbeitsplätze zu schaffen.

Weitere Projekte zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen konzentrieren sich auf die berufliche Qualifizierung, die Aus- und Fortbildung von Frauen, die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen sowie auf die Verbesserung der Regierungsführung auf lokaler Ebene.

Quelle: <http://www.bmz.de/de/laender/partnerlaender/afghanistan/zusammenarbeit.html>,
<http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Afghanistan/Wirtschaft.html>,
<http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/01-Laender/Afghanistan.html>

5.7. Was ist in Afghanistan Nationalsport?

Besonders beliebte Sportarten in Afghanistan sind Buzkashi, Fußball und Cricket.

Das traditionelle Reiterspiel Buzkashi wird von 20 und mehr Spielern gespielt. Zu Beginn des Spiels wird eine tote Ziege, manchmal auch ein totes Kalb, auf dem Spielfeld abgelegt. Das Tier ist im Galopp aufzunehmen und zum Preisrichter zu bringen. Jeder spielt gegen jeden, was das Spiel sehr unberechenbar macht.

1933 gründete sich der afghanische Fußballverband. Die afghanische Fußballnationalmannschaft spielte ihr erstes Spiel 1941 im afghanischen Nationalstadion, dem Ghazi-Stadion in Kabul. Das Spiel gegen die benachbarte iranische Fußballnationalmannschaft endete 0:0. 1948 trat der Verband der FIFA bei. Bis 1984 erreichte die Nationalmannschaft keinen Sieg. Das 0:0 gegen Hongkong am 20. September 1984 war das vorerst letzte Länderspiel.

Das kommunistische Regime und noch mehr die Regierung der Taliban verhinderten 18 Jahre lang eine weitere Entwicklung: Von 1984 bis 2002 (bei den Asien-Spielen im koreanischen Busan) gab es kein internationales Pflichtspiel einer afghanischen Mannschaft.

Nach dem Sturz des Taliban-Regime 2001 begann eine breite Förderung des Fußballs als Breitensport von Seiten der FIFA und westlicher Staaten. Schon bald zeigen sich die Popularität des Sports und sein Potenzial zum gesellschaftlichen Ausgleich.

Quelle: <http://de.eyexplorer.com/show/me/Afghanische+Fußballnationalmannschaft>,
<http://afghanistan.adra.de/buzkashi-ist-afghanistans-stolzester-vo>